

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaaltene Kolonne
 zelle oder deren Raum 40 Pf. für
 Vereins- und Besammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Ruis I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Vater des Bundes der Landwirthe.

Mit Herrn v. Blöb hat der Bund der Landwirthe offenbar seinen volksthümlichsten Führer verloren. Die Zeitungsnachrufe, die Trauerkundgebungen aus Bundeskreisen zeigen das zur genüge.

Im Gegensatz dazu wird man in parlamentarischen Kreisen, wenigstens in den öffentlichen Verhandlungen, den Verstorbenen kaum vermissen. Er trat hier seltener hervor; schon seine Redeweise war nicht dazu angethan, einen tieferen Eindruck hervorzurufen. Andererseits zeigte sie freilich, daß auch nicht eine Spur von dem selbstgefälligen parlamentarischen Heldenspieler in ihm steckte; seine etwas hastig und ohne Akzente vorgetragenen Reden waren offenbar weiter nicht vorbereitet — der Dr. Diederich Hahn tummelte sein Steckenpferd mit viel mehr Geschrei und Selbstbewußtsein in der parlamentarischen Arena herum.

Dagegen besaß Herr v. Blöb, wie es scheint, in hervorragendem Maße gerade die Eigenschaften, die zum Leiter einer ausgebreiteten, ruhelosen Agitation gehören: eine erstaunliche Unermüdlichkeit, die ihn mit fast allen Distrikten Deutschlands in engste persönliche Fühlung brachte, unzweifelhaftes Organisationstalent, dazu ein schlichtes Auftreten, so daß ihm bei seinen Anhängern niemals der Verdacht persönlicher Streberei hindernd im Wege stand. Wenn sich, wie überall, auch die geschäftliche Kesseltanne an seine Fersen heftete und einen ausdringlichen Handel mit Bildern von ihm als „künstlerisch schönen Zimmerschmuck“ begann — wenn die einmal in Wallung gerathenen Bundesbrüder sich gelegentlich in Begeisterungs-Purzelbäumen überschlugen, wie auf Fehmarn, wo man quirlendgeschmückte Ehrenportalen für ihn baute und ihn von weißgekleideten Jungfrauen empfangen ließ — so darf man wohl immer annehmen, daß er selber keinen Anstoß dazu gab. Vor allem jedoch kam ihm zu statten, daß er gleichsam mit der Bundesorganisation zusammen aufgewachsen und großgeworden war; von den ersten Schritten bis zur vollen Entwicklung ist „Vater Blöb“ bei allen Gruppen und Zweigen nicht nur mitthätig, sondern mitbestimmend gewesen.

Die politische Organisation der Bauern, die später in den Bund der Landwirthe ausmündete, ging bekanntlich vorwiegend von der Provinz Sachsen aus. Der am 31. März 1885 gegründete „Deutsche Bauernbund“ sammelte zunächst die Mitglieder des bäuerlichen Landesvereins der Provinz Sachsen unter seinen Fahnen, dann erst suchte er Mitglieder in anderen Provinzen Preußens zu werben. Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Theile von Westpreußen, die Thüringischen Staaten fielen ihm nach und nach zu, die dort bestehenden Bauernvereinigungen traten geschlossen zum Bunde über. Schließlich organisierte man auch das Königreich Sachsen. Erster Vorsitzender war im Anfang der bekannte Großgrundbesitzer und Zuckerindustrielle Anauer-Gröbers, der auch dem preussischen Landesökonomie-Kollegium sowie dem Landtage angehörte. Als Vizepräsident wirkte Herr v. Blöb neben ihm; nach dem Tode Anauer's (1889) fiel ihm die Führung zu. Allmählich hatte es der Bauernbund bis auf 40 000 Mitglieder gebracht. Immerhin war er vorwiegend auf Ostelbien beschränkt geblieben, sein Vorrücken war durchaus kein stürmisches gewesen.

Das Jahr 1892 brachte die große Wandlung. Auf die vorübergehende Theuerung von 1891 war ein furchtbarer Rückschlag gefolgt. Der Kornhandel hatte unter dem Anreiz der hohen Preise zweifellos über den Bedarf importirt; dazu kam eine reiche Inland-Ernte. Die großen Schwankungen hatten, wie es die heutige Wirtschaftsweise mit sich bringt, auch die Spekulation zu tollen Kraftproben angetrieben. Die Bauern schrieben auf über das schände Spiel, das die „Mitter und Blumenfeld“ und ihre würdigen Spiegelgesellen mit der deutschen Brotrucht treiben sollten. Die ersten Handelsverträge waren abgeschlossen und hatten selbst die konservative Partei in den Verdacht zu großer Nachgiebigkeit gegen die Freihändler und die Regierungen gebracht. Weitere und zwar viel gefährlichere Verträge mit den Balkanstaaten und Rußland standen in Aussicht. Der Zündstoff war somit überreichlich angehäuft, als Herr Ruprecht-Kanfern — ein Domänenpächter bei Breslau — im Dezember seinen berühmt gewordenen „Vorschlag zur Verbesserung unserer Lage“ veröffentlichte:

„Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen. Wir müssen zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen und entschlossen sind, sie unsere Macht fühlen zu lassen.“

Datum müssen wir aufhören, liberal, ultramontan oder konservativ zu sein und zu wählen, vielmehr müssen wir uns zu einer einzigen großen agrarischen Partei zusammenschließen und dadurch mehr Einfluß auf die Parlamente und die Gesetzgebung zu gewinnen suchen.

Der Aufruf Ruprecht's brachte den Stein ins Rollen. Die konservativen Führer waren von der Wirkung zuerst wohl kaum sonderlich erbaud. So sehr sie eine Verjüngung und Verstärkung aus weiteren Volkskreisen gebrauchen konnten, so gefährlich schienen doch die einmal entseffelten Elemente für den alten Beamten- und Junkerring. Endlich beschloßen einige hervorragende Führer, die im Januar 1893 in Kassel zusammengekommen waren, im Februar eine Versammlung

nach Berlin einzuberufen und einen großen, ganz Deutschland umfassenden konservativen „Wahlverein zur Wahrnehmung landwirtschaftlicher Interessen“ zu gründen.

Hier griff Herr v. Blöb ein. Er wies in der „Kreuzzeitung“ den Gedanken eines eigentlichen Parteiverbandes zurück und empfahl eine große wirtschaftliche Vereinigung, die auf alle, überhaupt zugänglich scheinenden Parteien einwirken sollte, um bestimmte agrarische Forderungen „zielbewußt und rücksichtslos“ zur Geltung zu bringen. Alle schon bestehenden ähnlichen Organisationen, sowohl der Blöb'sche Bauernbund, wie auch der Kongress deutscher Landwirthe und der Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer sollten ihr Sonderdasein aufgeben und mit Pauken und Trompeten zu der neuen Armee übergehen, in der alle Unterschiede zwischen großen und kleinen, junkerlichen und bäuerlichen Besitzern, zwischen Osten und Westen und Süden auszulöschen wären.

Wenige Tage darauf brachte die „Kreuzzeitung“ einen Aufruf des Freiherrn v. Wangenheim und einer Reihe von Mitunterzeichnern, der ähnliches verlangte und nur im Tone noch höher sich verließ:

Wir haben es durch unsere eigene Schuld dahin gebracht, daß man sich daran gewöhnt hat, die Landwirtschaft als das stumme Schaf anzusehen, welches dazu da ist, daß stets seine Wolle zum Wohle der Allgemeinheit geschoren wird. Man hat sich so an unser Stillhalten gewöhnt, daß man erstaunt, entrüstet ist, daß wir uns erlauben zu schreiben, wenn man uns aus Mangel an noch zu scheuernder Wolle nachgerade ein Stilk nach dem anderen aus dem Fell herauschneidet. Nun, schließlich handelt es sich nicht mehr um die Wolle oder das Fell, jetzt geht es der Landwirtschaft ans Leben; hier heißt es, sich widersetzen oder stumm werden für immer.

Was erwarten wir noch immer von den überlebten Parteiverhältnissen? Was hängen wir unsere Seligkeit an die Fraktionen und Fraktionen? Wir gebrauchen in den Parlamenten eine große Wirtschafts-partei.

Die Fraktion geht heute über die Nation. Können denn die deutschen Landwirthe nicht einig werden und dann wie einst der verachtete Michel zeigen, was ihre Köpfe und Häuse zu leisten vermögen?

Herr v. Blöb sah seinen Wunsch erfüllt; am 18. Februar 1893 wurde in der konstituierenden Versammlung auf Tivoli der „Bund der Landwirthe“ gegründet und zwar im engsten Anschluß an die Sitzungen des alten Bauernbundes, der als politische Vereinigung natürlich nicht einfach in den Bund der Landwirthe eintreten konnte, sondern sich auflösen mußte. Er führte dabei gegen 40 000 Mark in die Kasse der neuen Organisation über. Herr v. Blöb war von Anbeginn an der erste Vorsitzende, und er blieb auch in Wahrheit das Haupt der ganzen Bewegung.

Die konservative Partei kann, trotz mancher persönlichen Reibungen, mit seiner Führung sehr zufrieden sein. Denn Herr v. Blöb gehörte von jeher, sowohl nach seinen Lebensverhältnissen, wie nach seiner Gesinnung, zu ihnen, und unter anderer Leitung hätten die zahlreichen Unzufriedenen im Bunde vielleicht scharfer an den Seiten der alten junkerlichen Parteiherrschaft gerüttelt. Trotzdem haben die letzten Enthüllungen gezeigt, daß zur Zeit der russischen Handelsvertrags-erörterungen auch Herr v. Blöb den Gedanken einer Trennung der eigentlich agrarischen Konservativen von den allzu Gouvernementeal erzwog. Auch auf dem Dresdener Parteitag wies Herr v. Blöb die allzu anspruchsvollen Forderungen des Freiherrn v. Mantuffel an die Bundesunterstützung höflich aber entschieden zurück. Trotzdem können ihm die Konservativen nur dankbar sein; er hat ihnen neues Blut zugeführt und vielleicht manchen drohenden Sturm zur rechten Zeit noch beschwichtigt.

Wir finden es daher auch ganz begreiflich, daß die Frage des Nachfolgers mancherlei Sorgen auf der Rechten weckt. So schrieb gestern die „Post“ nicht ohne Beklemmung:

Von der Wahl des Mannes, welcher Herrn von Blöb's Stelle einnehmen soll, wird es wesentlich abhängen, ob die gemäßigtere konservative oder die mehr radikale Richtung in dem Bunde der Landwirthe die Oberhand gewinnt, und wie sich demzufolge sein Verhältnis zu den politischen Parteien gestalten wird. Wir können im Interesse des Bundes der Landwirthe wie vom Standpunkte des Gemeinwohls natürlich nur lebhaft wünschen, daß sich die Wahl auf einen Mann lenkt, welcher den Bund in maßvollen Bahnen zu halten und ihn zu einem überaus werthvollen Gliede in der Phalanx der auf dem Boden gleichmächtigen Schutzes der nationalen Arbeit stehenden Elemente zu machen weiß.

Da nach den Reichstagswahlen eine etwas gedrückte Stimmung im Bunde vorherrscht, so haben die „Radikalen“ augenblicklich wohl keine besonderen Chancen. Es ist also möglich, daß die Junker einen verlässlichen Konservativen an die Spitze der einflussreichen Organisation zu bringen wissen. Auf Widerstand werden sie dabei freilich stoßen, wenn nicht sofort, dann sicherlich später.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juli.

Ein Erlaß des Herrn v. d. Neke über das Wachsthum der Sozialdemokratie. Seit Herr v. d. Neke vor Jahresfrist als Vertheidiger des „kleinen Umsturzgesetzes“ im Vordergrund des politischen Lebens stand, hat man nicht mehr viel von ihm vernommen. Er war ein sehr stiller Mann geworden, man prophezeite mehrmals das Ende seiner Ministerthätigkeit, aber in stiller Zurückgezogenheit und unter der Gnade seines Monarchen durfte der Polizeiminister fort amtiren.

Jetzt sind wir in der Lage, einmal wieder etwas Besonderes von der Thätigkeit und dem immer noch regen Sozialistenbekämpfungseifer des Herrn v. d. Neke mitzutheilen. Herr v. d. Neke hat folgende Verfügung erlassen:
 Der Minister des Innern.

Berlin, den 4. Juli 1898.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen haben erkennen lassen, daß die sozialdemokratische Bewegung auch in solchen Bezirken größere Erfolge zu erzielen vermocht hat, in welchen dieselbe entweder keine oder doch nur eine geringe Anhängerschaft zu verzeichnen gehabt hat. Es ist für mich von Interesse, näher darüber unterrichtet zu werden, einerseits — unter gleichzeitiger ziffermäßiger Darlegung — wie sich die sozialdemokratische Bewegung in den einzelnen Kreisen des birtigen Bezirks thatsächlich gestaltet hat, andererseits, welche besonderen Verhältnisse sozialer oder sonstiger Art etwa zu dem Anwachsen der Sozialdemokratie Anlaß gegeben haben. Ich ersuche die Ergebnisse der bezüglichen Ermittlungen, welche sich besonders auch auf das Anwachsen der Sozialdemokratie auf dem platten Lande zu erstrecken haben werden, in dem nächsten Halbjahresbericht, betreffend den Stand der sozialdemokratischen Bewegung, aufzunehmen und demselben „besonders charakteristische Flugblätter und andere Kundgebungen beizufügen, auch sonstige bemerkenswerthe Vorkommnisse aus der letzten Wahlbewegung, welche sich an das Auftreten der Sozialdemokratie bei der letzten Wahlbewegung anknüpfen, zur Sprache zu bringen.

An den Herrn Reg.-Präsidenten.
Eigenhändig!

Wir begreifen das Interesse, das Herr v. d. Neke der Entwicklung der Sozialdemokratie entgegenbringt. Sicherlich mag es der preussischen Regierung höchlichst wider den Strich gegangen sein, daß in Preußen bei der letzten Wahl wiederum 20 000 Stimmen mehr als bei der vorigen Wahl abgegeben worden sind und daß die Sozialdemokratie in früher ihr verschlossenen Kreisen Fuß zu fassen vermocht hat. Daß sogar das platte Land, welches noch immer als Hort des feudalistischen Regiments und als immun gegen Sozialismus und Demokratie galt, der sozialdemokratischen Armee zahlreiche Rekruten zuzuführen begonnen hat, ist eine, wie auch der obige Erlaß des Herrn Ministers des Innern erkennen läßt, den regierenden Kreisen besonders unangenehme Thatsache.

Nun geht Herr v. d. Neke daran, sich über die Ursachen dieser unangenehmen Thatsachen unterrichten zu wollen. Die Regierungspräsidenten sollen ihm Auskunft geben, welche besondere Verhältnisse sozialer oder sonstiger Art etwa zu dem Anwachsen der Sozialdemokratie Anlaß gegeben haben.

Die Regierungspräsidenten aber holen sich ihre Kenntniß von den Landräthen und sonstigen Amtspersonen, denen zu einer objektiven Prüfung der ihnen gestellten Aufgabe vielfach jede Befähigung abgeht. Sie werden Herrn von der Neke wohl einiges von der „Verhekung“, die nun auch in ihre bisher verschont gebliebenen Kreise gedrungen sei und die fernzuhalten man leider keine genügende Handhabe gehabt habe, mittheilen. Und Herr v. d. Neke wird schmunzelnd die Antwortschreiben der Regierungspräsidenten durchgehen und wird mit triumphirender Miene erklären: Seht Ihr, warum habt Ihr nicht im vorigen Jahre mein kleines Umsturzgesetz bewilligt?

Besseres dürfte bei derartigen Umfragen der Regierung kaum herauskommen. Dürfte man Besseres erwarten, so würde es schwer erklärlich sein, warum überhaupt eine derartige Umfrage veranstaltet wird. Denn wäre Herr v. d. Neke nicht eben der Polizeiminister, der an die Allmacht der Polizei glaubt und mit Polizeigehehen und anderen Mitteln klein-geistiger Regierungskunst eine große Kulturbewegung hemmen zu können vermeint, so dürfte er sich schon selbst einigermaßen klar sein über die Gründe für das Anwachsen der Sozialdemokratie, so dürfte er sich der zahllosen Fehler in der politischen wie wirtschaftlichen Gesetzgebung der letztverfloßenen Jahre erinnern, durch welche die Sozialdemokratie außerordentlich gefördert wurde und sogar zahlreiche Anhänger in solchen Landstrichen finden konnte, in denen ihre unmittelbare Agitation noch nicht einmal einzusetzen vermochte.

Wenn endlich Herr v. d. Neke um die Einfindung „besonders charakteristischer Flugblätter und sonstiger Kundgebungen“ ersucht, so hofft er vielleicht, dabei einiges Material für künftige Begründungen gegen den „gewaltamen Umsturz, den die Sozialdemokratie erstrebt“, zu finden. Aber er dürfte sich wohl auch in dieser Hoffnung durchaus täuschen und, wenn einmal die Zeit gekommen sein wird, daß wir ihm zuzurufen haben: Heraus mit dem Material! — dann wird Herr v. d. Neke wieder ebenso hilflos dastehen, wie vor Jahresfrist, da er im Abgeordnetenhaus Schlappe auf Schlappe erlitt.

Doch warten wir ab. Vielleicht werden die Berichte der Regierungspräsidenten so ausfallen, daß der Minister des Innern etwas Ernsthaftes daraus lernen kann. Das soll uns umso mehr freuen und v. d. Neke wird uns dankbar sein, daß wir Sozialdemokraten die ersten waren, die seine heiße Verbneugier der Oeffentlichkeit zur Kenntniß brachten.

Von den Reichsfinanzen entwerfen die Offiziösen aller Art wieder einmal ein sehr geschmeichelttes Bild, nachdem der Rechnungsabluß für das letzte, bis zum 31. März 1898 reichende Finanzjahr erschienen ist.

Nichtig ist ja, daß fast alle Einnahmequellen fortgesetzt hohe Erträge gewährt haben. Die Pölle haben,

mit Ausnahme der Getreidezölle, den Vorschlag noch mehr überholt wie im Vorjahre; die Getreidezölle zeigen allerdings einen Rückgang infolge der schwächeren ausländischen Zufuhr im Jahre 1897. Der stotte Gang von Handel und Verkehr spiegelt sich besonders wieder in den Mehreinnahmen: aus der Wechselstempelsteuer mit 1,3 Millionen Mark, der Post- und Telegraphenverwaltung mit 4,16 Millionen, aus den Reichs-Eisenbahnen mit 2,07 Millionen, aus dem Bankwesen mit 7,2 Millionen Mark. Es mag ferner richtig sein, daß im unteren Viertel des neuen Finanzjahres die aufsteigende Bewegung weiter fortgedauert hat.

Dem steht jedoch entgegen, daß die Bundesstaaten nicht, wie 1896, 17, sondern nur 12 1/2 Millionen Mark mehr an Ueberweisungen empfangen haben, als sie an Matrikularumlagen an die Reichskasse abzuführen hatten. Die Einzelstaaten können diese Verkürzung des Zuschusses heute gewiß sehr leicht verschmerzen. Die Thatsache bleibt indes bestehen, daß eine Reserve, auf die man unter Umständen zurückgreifen kann, in ihrem Betrage um mehrere Millionen zurückgegangen ist.

Mit der „Zilgung der Reichsschuld“ sieht es vollends sehr windig aus. Nach den der ersten lex Lieber folgenden Finanzgesetzen blieb 1896 eine Summe von 50 Millionen zur Schuldentilgung verfügbar, 1897 jedoch nur von 37 1/2 Millionen. Das ist um so bedenklicher, als 1896 35,5 Millionen für neue Anleihen, 1897/98 jedoch 81,5 Millionen für den gleichen Zweck eingezogen waren. Es ist also ein ziemlich abgeschmacktes Taschenspielerkunststück, wenn die Finanzoffiziere die beiden letzten Jahre zusammenwerfen und — unter Berücksichtigung einiger, hier nicht weiter zu berührender Verschreibungen — für beide zusammen herausrechnen, daß nur 20 Millionen neue Kredite flüssig gemacht werden mußten und daß diese durch die, zusammen 29 Millionen betragenden Mehreinnahmen an die Bundesstaaten weit gemacht würden, so daß das Reich also in seinen laufenden Einnahmen gewissermaßen Deckung für alle ordentlichen und außerordentlichen Reichsausgaben gefunden habe. Das Bild ist in Wirklichkeit dieses: daß 1896 zum letzten Male von wirklichen Ueberflüssen gesprochen werden konnte, und daß 1897 das alte Loch wieder da war, das nach den neuen Marine-Ausgaben fortgesetzt wachsen muß.

Wenn die militär- und marinesronnen Blätter also zum Schlusse den Zweck der ganzen Darlegung enthüllen und allen Ernstes behaupten, selbst „etwaige neue Militärforderungen“ würden gar keinen Anlaß zu Steuererhöhungen geben, so mag das dem Wortlaute nach zutreffen, weil die Trauben neuer Steuern selbst für den alten Steuerfuß und Kommunisten etwas zu hoch hängen. Aber wenn keine neue Steuern, dann neue Schulden für Ausgaben, die in Wirklichkeit gar keine einmaligen im Sinne eines soliden Haushaltes sind.

Die „Finanzreform des Zentrums“ mit ihrer „wirklichen Schuldentilgung“ ist eben kläglich gescheitert und zwar in erster Linie durch den Verwilligungseifer des Zentrums selber.

Deutsches Reich.

Lippe und sein Ende. Es ist ein altes Sprichwort: Gott verläßt einen Deutschen nicht; und obgleich dessen historische Begründung recht schwer fallen dürfte, so trifft es doch jetzt in dieser sauren Curtenzeit zu, wo den Zeitungsschreibern der Schreibstoff ausgeht und den Lesern der Lesestoff. Da ist dieser Lippe'sche Streit uns Deutschen als ein wahrer God send gekommen — als ein Geschenk des Himmels. Ein heiteres Geschenk, mit unerhörlichem Heiterkeits-Stoff. Und von der Heiterkeit dieses Stoffes gilt, was der unsterbliche Shakespeare von dem Wig seines Lieblingsjohannes Falstaff gesagt hat: er ist nicht bloß witzig an sich, sondern auch für andere ein Anreiz zum Witz. Welch unerhörlicher Quell des Humors — des freiwilligen und noch weit mehr des unfreiwilligen — dieser Lippe'sche Post- und Telegraphenkrieg! Welche Komik in diesen langen tiefsinnigen philologisch-philosophisch-psychologischen Untersuchungen über den Wortlaut des bekannten Katherelengramms und des unbekanntem Regentendriefes. Und gar erst diese staatsmännischen Untersuchungen über die möglichen und unmöglichen Folgen des großen Ereignisses! Für den deutschen Geschichtsforscher und Patrioten aber ist dieser denkwürdige Etiquettenstreit unbezahlbar, denn er zehrt ihm einerseits, besser als irgend eine Chronik, es vermögen, wie das heilige deutsche römische Reich vor etwa 200 Jahren in der Zeit seiner höchsten und schönsten Blüte ausgehoben hat — und andererseits zeigt er besser als 100 der flammendsten Zeitartikel und Broschüren vermögen: wie herrlich weit wir es gebracht haben zwei Jahre vor dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts.

Uebrigens padt der unbekanntem Urheber der Veröffentlichung des Kaiser-Telegramms in der „N. Bayr. Landesztg.“ noch einige kleine Reueigkeiten aus. Er setzt auseinander, daß der Graf-Regent zu Lippe in seinem Brief an den Kaiser diesem keine Veranlassung zu einer schroffen Erklärung gegeben habe und erzählt dann folgenden Vorgang:

„Der Regent sah sich durch den schroffen Ton berart verletzt, daß er jeden weiteren Versuch aufgab und sich dieserhalb mit einer Botschaft an den Bundesrath und die Bundesfürsten wandte. Der Kaiser erfuhr natürlich von diesem Entschlusse des Regenten, er fühlte die leidige Situation, in die er nun gerathen werde, und deshalb suchte er sofort das Vorgehen des letzteren zu pariren und das Geschehene ungeschehen zu machen.“

Der Kaiser betraute dann den Bruder des Regenten, den Grafen Leopold von Lippe, in dessen Kommando der 2. Garde-Regiment-Regiments in Potsdam mit der Führung der in Danzig stehenden Leibartillerie-Brigade, obgleich der Graf seiner Anciennetät nach zum mindesten noch anderthalb Jahre auf eine solche Stellung hätte warten müssen, da er noch sechs ältere Regimentskommandeure vor sich hatte.

Aber der Stein war bereits ins Rollen gerathen, der Kaiser hielt durch diese Bevorzugung und Ehrung des Regenten-Bruders die weitere Entwidlung der Sache nicht mehr auf.

Es folgen weitere scharfe Aeußerungen des genannten Blattes. Die „Verl. N. Nachr.“ erklären, die obige Darstellung sei falsch, denn die Beförderung des Grafen Leopold sei einige Tage früher geschehen als der Beschwerdebrief in Berlin eintraf. Klar ist diese Sache noch nicht und jedenfalls ist das Aavanceiren des Grafen entgegen der Anciennetät unbeschränkte Thatsache.

Auch der Verleger der „Neuen Bayr. Landesztg.“, der Bauernbundsleiter Anton Memminger ergreift persönlich das Wort zu der Sache:

„Ich wäre in der Lage, noch über andere Vorgänge, Verhältnisse und Zustände in Berlin und anderswo Auskunft zu geben, wenn ich bloß sensation machen wollte, wie mit einige Blätter vorweisen. Die Rücksicht auf den Bestand des Reiches hindert mich noch, die volle Wahrheit darzulegen; aber ich werde es noch thun müssen, wenn sich die Sachlage nicht ändert. Wenn niemand in der Umgebung des Kaisers den Muth der Wahrheit hat, so wird diese eben doch noch ausgesprochen werden müssen.“

Die Rücksichten des Herrn Memminger auf „den Bestand des Reiches“ mühen uns sehr komisch an. Wenn der Bestand des Deutschen Reiches von solcherlei Dingen, wie sie im Fall Lippe zu

sagen treten, abhänge, so wäre es um das Reich schlecht bestellt. Diese Vorurtheile mögen auf die Beziehungen der deutschen Potentaten trübend einwirken und zu merkwürdig noch was für Reibereien in jenen Regionen führen. Aber der Bestand des Deutschen Reiches hängt glücklicherweise nicht von Etiquettenfragen in Fürstentümern, sondern von dem Einheitsbewußtsein und dem einheitlichen Willen der deutschen Volksgenossen ab.

Eine kleine Straf- und Mahnpredigt hält die „Volls-Ztg.“ der freisinnigen Landtagsfraktion:

„Es ist nun darüber in freisinnigen Kreisen kein Zweifel, daß namentlich in der letzten Session die parlamentarische Vertretung der freisinnigen Volkspartei schlechterdings nicht auf der Höhe der an sie zu stellenden Anforderungen gestanden hat. Bei den wichtigsten Debatten hat die Fraktion zum großen Gaudium der Reaktion und zum großen Schaden der freisinnigen Sache völlig versagt. Wenn der parlamentarische gewandteste und unterrichtete Abgeordnete der Fraktion — wir sprechen vom Abgeordneten Richter — bei einer „großen Sache“ im Reichstage zu thun hatte, war die Fraktion im Landtage geradezu wie verrathen und verlaßt, und mit ihr die Sache der freisinnigen Volkspartei, die zu vertreten die Aufgabe der Fraktion ist. Ueber diese traurige Thatsache kommt man durch besserhaftliches Vertuschen nicht hinweg. Dieser unhaltbare Zustand ist um so unwürdiger, als gerade im preussischen Abgeordnetenhause die Reaktion, die sich dort sehr dreist und herausfordernd benimmt, täglich die kräftigste und nächststoselste Abwehr seitens der liberalen Opposition provoziert. Mit welcher agitatorischen Berde könnte und möchte man hier Schlag auf Schlag den reaktionären Heißspornen der Rechten entgegenreten!“

Die Fraktion hat eine Heberfracht von Parteibeteranen mit sich geschleppt, die in ihrem hohen Alter noch weniger im Stande sind, als sie es je gewesen, den an sie heranretenden Pflichten mit der nötigen Frische und Kampfbereitschaft zu genügen. Die Fraktion hat eine unverhältnismäßig große Zahl von konsequenten Dauerschweigerern aufzuweisen gehabt, die sich durch nichts aus ihren parlamentarischen Stilleben haben herausreißen lassen. Mit diesen parlamentarischen Rüstern ohne Werth muß aufgeräumt werden. Alle Achtung vor den persönlichen Eigenschaften dieser Männer als Privatpersonen! Aber die Fraktion einer täglich zum entschiedensten Kampfe herausgeforderten Volkspartei ist kein Invalidentank; sie ist nicht dazu da, parlamentarische Strukturen zu unterhalten.

Man wird ja sehen, ob es den temperamentvollen Elementen der freisinnigen Volkspartei gelingen wird, lebhaftere Bewegung in das stille Gewässer zu bringen.

Wahlrecht. Die Einführung der Wahlrecht ist bekanntlich eine Lieblingsidee unserer Gegner, die durch dieses Mittel ihre Situation bei künftigen Reichstagswahlen zu verbessern hoffen. Das konervative „Vaterland“ in Leipzig sagt nun zu diesem Vorschlag seiner Parteifreunde folgendes:

„Was aber die Einführung der Wahlrecht anlangt, so wird diese unserer Ansicht nach, auch wenn gleichzeitig eine Erhöhung der Altersgrenze der Wahlberechtigung etwa auf das 30. Lebensjahr, wie seinerzeit der Reichsbote“ angetrieben hat, hinfällig, voraussichtlich nur wenig helfen. Zwar daß die Zahl derer, die im Falle der Einführung der Wahlrecht aus bloßem Neizer über den ihnen auferlegten Zwang den Sozialdemokraten wählen würden, eine allzugroße sein werde, glauben wir nicht, obwohl auch in dieser Beziehung dem deutschen Wähler, wie er heutzutage ist, immerhin Easinnmes zugestrahlt werden kann. Aber es ist eine Thatsache, die neuerdings durch Einsichtnahme in die Wahlakten in verschiedenen Orten nachweislich festgestellt werden konnte, daß gerade unter den bei der Wahl zu Hause gebliebenen Wählern die Zahl derer überwiegt, von denen man nach ihrer Standeszugehörigkeit leider annehmen muß, daß sie dann, wenn sie gerufen worden wären zu wählen, freiwillig oder gezwungen den Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben haben würden. Auch früher schon haben gerade in solchen Wahlkreisen, die von der Sozialdemokratie stark beeinflusst werden, wiederholt diejenigen, die gutwillig Sämmlige zur Wahlurne führten, die Erfahrung machen können, daß sie damit der Sache der Ordnungsparteien kaum genügt, sondern eher geschadet haben.“

Das „Vaterland“ fordert deshalb „wirksamere“ Mittel, Verrückung der geheimen Wahl“ etc.

Das Vordringen der Sozialdemokratie in den Mittel- und Kleinstädten, welches unser geistiger Zeitartikler statistisch beleuchtete, wird von der „Post“ bestätigt. Das Blatt, dem jeder Tag als verloren gilt, an dem es nicht für Unabnahmegeheise eifert, knüpft an jene Feststellungen folgende Bemerkungen:

„Diese Zahlen reden eine sehr deutliche Sprache, insbesondere auch hinsichtlich der Richtungen, welche die Verrückung der Sonderbestimmungen des Sozialengesetzes in bezug auf die Ausbreitung der sozialdemokratischen Propaganda gehabt haben. Wenn die mechanischen Schutzwehren gegen diese Propaganda, welche das Sozialengesetz aufgerichtet hatte, in den Großstädten und in den industriellen Zentren ihre Wirkung allmählich verloren hatten, so haben sie sich doch noch immer sehr wirksam gegen die Ausbreitung der sozialdemokratischen Agitation auf die davon noch nicht berührten Kreise erwiesen und es liegt daher der Gedanke nahe, ob der Staat seine Pflicht voll erfüllt, wenn er sich der Anwendung derjenigen Sanktionsmittel, welche ihm gegen die Verfechtung noch gesunder Volkstheorie mit sozialdemokratischen Ideen zu Gebote stehen, weiter gänzlich begiebt.“

Von geistigen Sanktionsmitteln hält die „Post“ schon lange nichts mehr. Niederhümpeln! — lautet ihr ganzes soziales Programm.

Ueber den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck wurden gestern Nacht und heute Vormittag ungünstige Mittheilungen verbreitet. Neuere Nachrichten belegen, daß Bismarck's Befinden zwar nicht gut sei, aber auch nicht so schlimm, wie erst angenommen worden war.

Aus Ostpreußen, 26. Juli. (Eig. Ber.) Ueber die Ursachen, welche der Sozialdemokratie in Ostpreußen zu ihrem bedeutenden Erfolge bei der Reichstagswahl verholfen haben, äußert sich in der „Ostpr. Zeitung“, dem Hauptorgan der Konservativen in Ostpreußen, ein echter ostpreussischer Junker, der Freiherr von Wrangel auf Schmen in einer Weise, die seinen Standesgenossen nicht sehr angenehm sein wird. Er schiebt natürlich den größten Theil der Schuld auf die „sozialdemokratischen Deher“, die das deutsche Volk durch ihr fortgesetzt ausgeprägtes Gift verfeuchten. Er erkennt aber auch an, daß die „Herren“ ihr Theil Schuld daran haben, wenn das, was bisher für unmöglich galt: auch auf den Ältern konservativer Besitziger Stimmentel mit Erfolg abzugeben, den Sozialdemokraten gelang. Offen freuet er aus, daß das Verhältniß zwischen Dienstherren und Arbeiter anders werden müsse. Der Freiherr ist der irrthümlichen Ansicht, daß die Arbeiter früher auf den Ältern besser behandelt seien. Zutreffen kann dies höchstens insoweit, daß die Ausbeutung keine so intensive war. Gepritzelt wurde früher mehr auf den Ältern wie jetzt; es kommt heute allerdings auch noch gar oft vor. Kusthören sollen nun nach Herrn v. Wrangel die Unterschiede zwischen Herren und Knechten nicht, so lange die Welt steht, aber sagt er, etwas anders müsse das Verhältniß heute werden wie vor 100, ja selbst vor 50 Jahren. „Der Arbeiter erwartet, daß man den Menschen in ihm sieht und ihn danach behandelt.“ Der Freiherr sieht also ein, daß der Arbeiter auf den Ältern noch nicht als Mensch behandelt wird! Er sagt das an einer anderen Stelle noch deutlicher: „Seit 1870 ist auch in die Herrenkreise auf dem Lande der Realismus und die Gewinnsucht eingezogen; man sieht in seinem Arbeiter vielfach nur die produzierende Kraft, die Arbeitsmaschine. Möglichst niedrige Löhne, möglichst hoher Gewinn ist vielfach zum leitenden Gesichtspunkt geworden; Jahre aus Jahr ein wird die gleiche schwere Arbeit verlangt — der freundliche Blick, die herzliche Nachfrage bei Krankheit, das Nachsehen, was

die Hausväter in den Festerstunden treiben, blieb aus.“ So sieht das „patriarchalische Verhältniß“, von dem unsere Junker so gern reden, nach Ansicht eines der ibrigen in Ostpreußen aus.

Auch an den großen Nothstand der ostpreussischen Landwirtschaft scheint Freiherr von Wrangel nicht zu glauben. Er sagt: „Wenn der Arbeiter bei seinem Herrn nur Güte und Gerechtigkeit gegen ihn findet, dabei aber beobachtet, wie der Herr das Leben sich immer genug freier gestaltet, da kann man sich nicht wundern, daß auch der Arbeiter das Vertrauen und die Liebe zu ihm verliert.“

Der Herr ist sicher einer der eifrigeren Konserwativen in Ostpreußen. Der vorurtheilte Junker bleibt er aber trotzdem durch und durch. Er glaubt, daß es selbstverständlich ist, daß einem einigermaßen verständigen „Herrn“ bei der Wahl „von den Leuten auch willig gehoramt werden“ wird. Der Gedanke, daß der Arbeitgeber seinen Arbeitern bei der Wahl nichts zu befehlen hat und daß die Arbeiter sich von selbständigen politischen Gedanken leiten lassen könnten, kommt ihm gar nicht.

Aber auch von seinen Vorschlägen in bezug auf bessere Behandlung der Arbeiter erwartet er nicht viel, denn „zu viele sind schon von der Seuche angegriffen“, äußerte er geschmackvoll. Deshalb verlangt er als echter Konserwativer ein Sozialengesetz, „scharf genug, um die sozialdemokratische Weise zu unterdrücken und die Verbreitung sozialdemokratischer Lehren in Wort und Schrift als Erregung von Klassenhaß unter Strafe zu stellen.“

Freiherr von Wrangel — Schmen ist der einzige Konserwativer nicht, dem der Schrecken über die vielen sozialdemokratischen Stimmen in die Glieder gefahren ist. In fast allen konservativen Blättern Ostpreußens werden unsere Wählerfolge einer Verprechung unterzogen und Vorschläge gemacht, wie einer weiteren Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen Einhalt geihan werden kann. Auch der Vorstand der konservativen Organisation für Ostpreußen fordert zu reger Thätigkeit gegen die Sozialdemokratie auf. Auch diese Herren fordern die Wähler auf, sich das leibliche Wohl der Arbeiter mehr am Herzen liegen zu lassen; den Arbeitern müsse wieder gezeigt werden, daß die Arbeitgeber sich um sie kümmern. Es scheint beinahe, als ob einigen der Herren klar würde, wie fürchtbar an den Arbeitern bisher gesündigt ist. Neben der Arbeiterfürsorge sollen Traktätschen à la Dille gegen die Sozialdemokratie als Waffe dienen. Die Hauptfrage ist aber auch dem Vorstand des konservativen Vereins für Ostpreußen ein gefehltes Einsprechen gegen die Sozialdemokratie.

Darauf ist mit Bestimmtheit zu rechnen, daß die Konserwativen sich thätig rühren werden. Wir werden unausgesetzt auf dem Posten sein müssen, wenn wir bei der nächsten Wahl abermals so große oder noch größere Erfolge erzielen wollen, wie am 16. Juni.

Was zu einem gewissen Grade werden und ja auch in Zukunft die Gegner in die Hände arbeiten. So ist nicht darauf zu rechnen, daß den jetzt nach der Wahl auftauchenden Mahnworten, mit den Arbeitern menschlicher zu verfahren, viel Beachtung zu theil werden wird. Vorläufig haben wir den Eindruck, als wenn man die Arbeiter durch größere Schneidigkeit einschüchtern will. Und wenn erst der Junker über den Wahlausfall etwas verfliegen sein wird, so werden zugleich auch die jetzigen guten Absichten in den Wind gesalagen sein. Schließlich sind ja die Gründe, aus denen die Landarbeiter zur Sozialdemokratie kommen, auch viel tiefer liegend, als daß sie durch einige von der Angst epechte patriarchalische Anwandlungen der Junker überwunden werden könnten.

Das Versammlungsrecht in Ostpr. Lothringen. Aus Straßburg wird uns unter dem 26. ds. geschrieben: Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts hat heute in der Kallagesache gegen den Veriranenmann der sozialdemokratischen Partei Straßburgs, Genossen Böhle, wegen Vergehens gegen die vereins- und versammlungsrechtlichen Bestimmungen der Reichsstände ein Urtheil gefällt, welches, falls die Berufungsinstanz nicht zu einer Korrektur desselben gelangen sollte, von einschneidender Bedeutung für die künftige Gestaltung unserer Agitation im Lande des Diktaturparagrafen sein dürfte. Nach den zur Zeit in Ostpr. Lothringen geltenden gesetzlichen Vorschriften bedürfen politische Versammlungen, insofern die Teilnehmer derselben sich mittels schriftlicher Legitimation als persönlich eingeladene auszuweisen vermögen, nicht der sonst vorgeschriebenen polizeilichen Genehmigung. Die reichsständischen Polizeibehörden hatten der zunehmenden Anonymität dieses gesetzlich gewährleisteten Rechtes durch die sozialistischen Agitationskomitees im Laufe der letzten Jahre mit steigendem Mißbehagen zugehört und verschiedene Male schon den Versuch einer Einschränkung desselben auf polizeilichem und gerichtlichem Wege unternommen. Wir erinnern nur an das im verflochtenen Spätherbst erfolgte gesetzwidrige Eindringen der Polizei in die im Sinne der oben erwähnten versammlungsrechtlichen Bestimmungen als sog. réunion privée (private Vereinigung) einkerkerte Landeskonferenz der reichsständischen Sozialdemokratie. Bisher war es jedoch stets gelungen, alle derartigen polizeilichen Vorstöße erfolgreich zurückzuweisen. Am 20. März d. J. fand nun im Vorort Ruppertsheim die Märzfeier der sozialdemokratischen Partei Straßburgs statt, zu der keinerlei öffentliche Einladung seitens der Einberufter erfolgt war, und zu der nur eingeladene Personen zugelassen wurden, so daß sie sich nach der allgemeinen Rechtsauffassung als eine réunion privée darstellte. Die im Versammlungsraum vertriebene Polizeibehörde erkannte diesen nicht-öffentlichen Charakter der Veranstaltung auch dadurch selbst an, daß sie die am Saaleingang ausgeübte Kontrolle ihrerseits unterstützte und von dem ihr für öffentliche Versammlungen zustehenden Rechte der Auflösung keinen Gebrauch machte. Trotzdem erhob die kaiserliche Staatsanwaltschaft die Anklage gegen den Referenten Böhle, „an einer öffentlichen Versammlung, deren Zweck die Behandlung politischer Gegenstände war und welche ohne Genehmigung der Regierung stattfand, theilgenommen zu haben.“ Das heute verhängte Urtheil erklärt Böhle für schuldig im Sinne der Anklage und belegt ihn mit einer Geldstrafe von 100 Mark eventl. mit 10 Tagen Gefängnis. Nach den Ausführungen der Urtheilsbegründung steht das Recht der Einberufung einer réunion privée nur Vereinen, nicht aber einem Einzelnen oder einer politischen Partei zu. Straußbüdernd kam für den Angeklagten in betracht, daß er bei Veranstaltung der inframirierten Versammlung an die gesetzliche Verordngung seines Vorgehens geknüpft habe. Wegen des Urtheils, das selbst in juristischen Kreisen bedenklichem Kopfschütteln begegnet, ist bereits die Revision angemeldet worden.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde die Köchin Ida Heinemann von der Strafkammer in Hannover zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Ein Monat ward ihr auf die erlittene Untersuchungshaft gutgerechnet. Verhandelt wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

In Wehlar wurde ein Buchhalter aus Ehringhausen, der in einer Wahlversammlung im Freien während eines Hochs auf den Kaiser den Hut auf dem Kopf behalten hatte, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt.

Oesterreich.

Wien, 27. Juli. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung betreffend Eröchtung eines arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium sowie das Statut desselben.

Lemberg, 27. Juli. In unterrichteten Kreisen wird die Wittermeldung von einer angeblich bevorstehenden zeitlichen Aufhebung der Geschworenengerichte im Gebiete des Ausnahmestandes für unbegründet bezeichnet. Der Statthalter Plelinsky wird sich vielmehr nach Wien begeben, um die Aufhebung des Standrechts im Neufaneder und Limanower Bezirk zu erwirken.

Schweiz.

Bürch, 26. Juli. (Eig. Ber.) (Proportionalwahl des Nationalrates. — Volkswohl des Bundesrathes. — Protest gegen die Censur Anweisungen. — Romann-Schwamm.)

In Olten waren am Sonntag 22 Vertrauensmänner der äußersten Linken, nämlich der Sozialisten und der ihnen

nahestehenden Demokraten versammelt, um die nun aktuell gewordenen Fragen der Proportionalwahl des Nationalrates und der Volkswahl des Bundesrates zu besprechen. Es handelte sich dabei um die Feststellung des Zeitpunktes, wann für die Verwirklichung der beiden Forderungen die Initiative ergriffen, das heißt, 50.000 Unterschriften gesammelt werden sollen, um sie dem gesamtamtlichen Schweizer Volke zur Entscheidung vorzulegen. Es wurde hierüber jedoch nichts beschlossen, sondern es soll vorerst noch eine weitere Versammlung zur Besprechung der beiden Punkte auf Ende September nach Luzern einberufen werden, welche dann definitive Beschlüsse fassen wird. Einig ist man darüber schon jetzt, daß jeder Kanton einen Wahlkreis bilden soll, so daß dann z. B. die sechsundzwanzig Nationalräte, welche jetzt der Kanton Zürich in vier Wahlkreisen wählt, in einem Wahlkreise, nämlich im ganzen Kanton gewählt werden würden. Das ist nichts neues mehr, denn auch die sieben Regierungsräte werden im ganzen Kanton als einem Wahlkreise gewählt.

Einen energischen Protest beschloß sodann die Versammlung gegen die rechtswidrige Ausweisung des italienischen Genossen Vergagnini und einiger weiterer Genossen durch die Genfer Regierung. Vergagnini wurde empfohlen, gegen die Ausweisung an den Bundesrat zu rekurrieren. Der „Grunder“ schreibt über den Ausgewiesenen: „Vergagnini, der die armen unwissenden Italiener sammelte und in Gewerkschaften organisierte, wird von allen, die ihn kennen, als ein sehr gebildeter und besonnener Mann geschätzt, ein wissenschaftlicher Sozialist. Es muß deshalb ganz ohne Zweifel als eine Verleumdung, ja als eine schändliche Lüge angesehen werden, wenn dieser Mann von gewissen Reportern unter die „Mädelstücker“ des Generalstreiks gewiesen wird.“ Die Ausweisung Vergagnini's wie die übrigen Vorgänge anlässlich des Generalstreiks der Bauarbeiter beweisen neuerdings wieder, daß jedesmal, wenn die Anarchisten irgendwo ihre unheilvolle Hand im Spiele haben, die Arbeiterschaft und ihre bewährten Führer schwer geschädigt werden, indem sie für deren verübte Gewaltthaten verantwortlich gemacht und durch Ausweisung sowie Einbürgerung bestraft werden. Wann endlich werden diese Leute etwas Besseres annehmen?

Unser Luzerner Partei-Organ, der „Demokrat“, bespricht in einem Artikel das Verhalten des berühmten Epigonen Normann Schumann, der in Luzern eine Villa besitzt. Der „Demokrat“ schreibt: „... Im übrigen caveat consules! Die kantonalen und städtischen Behörden seien hiermit öffentlich gewarnt! Das (ultramontane) „Vaterland“ nannte s. Z. den Normann-Schumann einen „unheimlichen Gast“.“

Frankreich.

Paris, 26. Juli. (Wg. Ber.) Die Pariser Universität hat soeben den Staat gerettet. Sie verweigerte Jaurès die Erlaubnis, in der Sorbonne ein privates Kolleg zu lesen über „Grundzüge des Sozialismus in ihren Beziehungen zu den Ideen der Individualität, der Sittlichkeit, der Kunst und der Religion“. Der Universitätsrat begründet diese Verletzung der Freiheit der Wissenschaft mit der Verächtlichkeit des wissenschaftlichen Charakters der geplanten Vorlesungen. Zugleich aber leistet er sich die groteske Heuchelei, „das Recht aller Doktrinen, in der Universität gelehrt und diskutiert zu werden — zu bekräftigen!“ ... Die öden Sozialistendoktrinen, die in der Sorbonne mit wissenschaftlichen Waffen & in Spangens den Sozialismus bekämpfen und die zu ihrem Katheder mit Mitteln der Vetterwirtschaft gelangt sind, die verfluchen den reinen wirtschaftlichen Geist. Jaurès aber, der seine Befähigung als Professor bereits an der Universität von Toulouse und seinen selbstlosen Drang nach Wahrheit durch die Verlesung zum Sozialismus gezeigt hatte, ist den gelehrten Gendarmen der Bourgeoisie nicht genug vom wissenschaftlichen Geiste durchdrungen. Das zweite Kaiserreich war wenigstens offenherziger, als die Bourgeoisrepublik. Als die Regierung Napoleons III. einen Michelet, dessen hundertjähriger Geburtstag gerade vor wenigen Tagen mit vielen offiziellen Pomp gefeiert wurde, aus der Universität hinauswies, da berief sie sich nicht auf die Freiheit der Wissenschaft zur Rechtfertigung des Gewaltaktes. Ein kleiner Trost ist es, daß Jaurès' Besuch in der ersten Instanz, in der „literarischen“ Fakultät der Sorbonne, nur mit fünf Stimmen Majorität (21 gegen 16) abgelehnt wurde.

Paris, 26. Juli. Der Untersuchungsrichter Vertulus hat heute die Akten in Sachen Esterhazy sowohl wie die vom Oberst Picquart gegen den Major du Paty de Clam erhobene Klage der Staatsanwaltschaft zugestellt. Im Justizpalast geht das Gerücht, Picquart werde noch gegen mehrere Persönlichkeiten, unter denen man besonders den General Pellieux nennt, Klagen einreichen. Ebenso wird behauptet, die gegen Picquart eingeleitete Untersuchung werde demnächst lebhafter betrieben werden, man glaubt, daß mehrere Verhaftungen von Zivilpersonen vorgenommen werden sollen.

Paris, 27. Juli. Der Untersuchungsrichter Faber hat gestern den Herausgeber Sabattier und den Redakteur Marchand vom „Eclair“ verhört. Letzterer ist gleichzeitig im Kriegsministerium als Uebersetzer angestellt. Der Untersuchungsrichter befragte beide über den Artikel des „Eclair“ im September 1896, in welchem zum ersten Male das geheime Schriftstück „Kanaille de D.“ enthüllt worden ist. Beide verweigerten die Antwort unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis.

Das Gesehblatt wird morgen ein Dekret veröffentlichen, welches in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Rates der Ehrenlegion erlassen ist und welches die vorläufige Streichung Jola's aus den Listen der Ehrenlegion ausspricht.

Italien.

Das Mailänder Blutgericht hat in den zwei Monaten seiner Thätigkeit nicht weniger denn 690 Opfer dem Kerker überliefert, während nur 128 der Angeklagten freigegeben wurden. Im ganzen verhängte das Gericht 1112 Jahre vier Monate und vierzehn Tage Gefängnis und 280 Jahre Stellung unter Polizei-Aufsicht.

Nüchternheit De Amicis. Der Turiner Gelehrte, der soeben als sozialistischer Kandidat in der Stichwahl gegen einen Konfessionisten gewählt worden ist, erklärt soeben in einem Briefe, von seinem Mandat zurücktreten zu wollen. Als Grund giebt er an, er sei stolz, daß es ihm vergönnt gewesen sei, seiner Partei einen solch glänzenden Sieg zu erringen, aber seine 30-jährige Thätigkeit als Schriftsteller habe ihn untauglich gemacht zum politischen Kampfe; er fürchte, daß er die Hoffnungen, die man in ihn gesetzt habe, täuschen könne. Nicht Gleichgültigkeit, nicht Egoismus sei es, was ihn dazu betreibe, sondern das Gefühl, daß die Partei des kämpfenden Proletariats junge, starke Führer brauche. Der Brief ist noch nicht veröffentlicht, man versucht noch, De Amicis zur Annahme des Mandats zu überreden; jedoch es ist wenig Aussicht vorhanden.

Rußland.

Russische Volksschulbildung. Es wird uns geschrieben: Von Zeit zu Zeit veröffentlichen die russischen Blätter mit einem gewissen Euphorismus, daß eine große Umwälzung im Volksschulwesen stattfinden und die Volksschulbildung mächtig gehoben werden soll. Thatsächlich ist aber seit Jahrzehnten auf diesem Gebiete nichts und gar nichts geschehen, vielmehr ist das Volksschulwesen in Rußland im Augenblicke vielleicht verwaleteter als je. Hier und da haben die Landbesitzer etwas zu thun versucht: da ihnen aber die Regierung eher Schwierigkeiten in den Weg gesetzt, als Hilfe geboten hat, haben sie ihre Thätigkeit gewöhnlich schnell eingestellt. Bezeichnend sind die Verhältnisse in den beiden Gouvernements Twer und Woroneß, deren Landtagsvertretung bekanntlich vom Jaren die Mitarbeit des Volkes an der Regierung gefordert hatte, aber mit ihren „absurden Träumereien“ scharf zurückgewiesen wurde. Dort soll es keineswegs an Schulmännern stehen und doch haben im Schuljahr 1893/94 im letztgenannten Gouvernement von 343.206 Schülern im Alter von 7—14 Jahren 275.256 überhaupt keinen Schulunterricht erhalten. Etwa 65 pCt. der russischen Bauern sind Analphabeten; beim Militär haben 70 pCt. keine Ahnung von Lesen und Schreiben, der größte

Teil der übrigen Soldaten kann höchstens seinen Namen kriechen. Die Lage der Lehrer auf dem Lande spottet aller Beschreibung. Bisweilen können sie das ganze Jahr hindurch keinen Koppen-Gehalt von den Gemeinden herauskriegen und müssen dann ihre Thätigkeit einstellen, um als Schreiber oder sonstwie ihr Dasein kümmerlich zu fristen. Die jungen Lehrerinnen, die aufs Land ziehen und „unter das Volk gehen“, um freiwillig und ohne Entgelt der Volksbildung zu dienen, werden sofort als „politisch verdächtig“ in den Listen der Polizei vermerkt; sie sind den größten Brutalitäten ausgesetzt und wenn sie in irgend einem Dorfe festen Fuß zu fassen suchen, so ist das oft nur eine Etappe auf dem Wege nach Sibirien. In Dörfern, wo städtische Kirchen mit glänzenden Kuppeln stehen, steht das Schulhaus oder es ist völlig zerfallen und die Gemeinde ist froh darüber, wenn man braucht sie keinen Lehrer zu besolden und kann das Geld verkaufen. Die grimmigsten Feinde der Volksschule sind die Dorfpopen, die sich sogar weigern, gegen Entschädigung den Religionsunterricht zu erteilen. Ihnen liegt lebhaftig daran, das Volk in Dummheit und Aberglauben zu erhalten und ihm als Dorfwächter den letzten Koppen unarmherzig abzunehmen. Es hilft nichts, daß Leute wie Graf Tolstoi ihre Stimme erheben und zu erheben versuchen, daß sie als einzige Rettung der in Noth und Unwissenheit halb verirrten Bauern Schulen und nur Schulen fordern — die Regierung hat bei ihren „brillanten Finanzen“ nichts übrig für die Unglücklichen. Die nikolaitische Furcht vor „allerlei Ideen“, welche eine bessere Bildung in den Bauern zeitigen könnten, ist immer noch im gleichen Maße wie früher vorhanden. Und so läßt man mit sehenden Augen einen Stand geradezu krepieren, den man immer als das Heil und die Zukunft des Mitternachts-Rußland gepriesen hat.

Afrika.

Der englische Einfluß hat in Ägypten jeden Widerstand vor sich niedergeworfen, und es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der jetzt wieder aufgenommene Feldzug gegen die Mahdisten zum Zweck hat, die Herrschaft der Engländer über das nordöstliche Afrika dauernd zu befestigen. Mit Frankreich muß irgend eine Vereinbarung getroffen sein — es erhebt sich aus dem Ton der französischen Presse. Auch zu Deutschland, das bisher den Engländern in Ägypten nicht allzu geneigt war, scheinen die Beziehungen besser geworden zu sein. Es kommt dies wohl in der Thatache zum Ausdruck, daß das einzige deutsche Blatt in Ägypten: „Der ägyptische Courier“ in Alexandria, der seit seinem Besuche den Engländern die Waden zu fassen liebte, plötzlich in anderen Besitz übergegangen und „englisch“ geworden ist.

Asien.

Der Zustand in Süd-China. Nach einer Meldung der „Times“ aus Hongkong dauert, Verichten aus Wuschan zufolge, in dem südlichen Teile der Provinz Kwang-si der Zustand fort. Die Zahl der Aufrührer wird auf 40.000 geschätzt. Am 16. d. wurde der Ort Kwaling angegriffen. Die Mandarinen haben 7400 Mann zur Verfügung. Die Aufständischen haben 2000 Mann der Reichstruppen in der Nähe von Jung-jun geschlagen. Das britische Kanonenboot „Tweed“ liegt noch immer in Wuschan, täglich treiben viele verstreute Leichen an dem Schiffe vorüber.

Partei-Nachrichten.

Zur Frage der Verteilung an den preussischen Landtagswahlen nahm eine Parteiverammlung für den Kreis Bielefeld-Hersfeld Stellung. Die Versammlung sprach sich für die Verteilung nach den Hamburger Beschlüssen aus. Annahme fand sodann noch ein Antrag zum Stuttgarter Parteitag mit folgendem Wortlaut: „Die Verteilung an den Landtagswahl hat auf Grund eines Wahlbündnisses mit der freisinnigen Volkspartei zu erfolgen, demgemäß gemeinsame Wahlmänner aufgestellt werden und der Sozialdemokratie eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten-Mandaten eingeräumt wird.“

Parteitage. Die Parteikonferenz des Prenzlaunger Männer Wahlkreises findet am 28. August, mittags 12 1/2 Uhr, in Freienwalde a. O. im Lokale des Herrn Fleisemann, Eberswalderstr. 7, statt. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Rechnungslegung und Bericht der Kreisvertrauensperson und der Revisionen. 2. Bericht der örtlichen Vertrauensleute. 3. Die Reichstagswahl. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

Der diesjährige Parteitag für beide Medienburg und Lübeck findet am 4. und 5. September in Lübeck statt.

Von einer äußerst peinlichen Thatsache sind die Parteigenossen in den Unterweiser-Orten überrascht worden. Der bisherige Kassierer des dortigen Sozialdemokratischen Vereins, Schuhmachermeister Brunow, ist am Sonnabend verhaftet worden, weil er eine größere Summe Geldes der Vereinskasse — es soll sich um 7—800 Mark handeln — veruntreut hat. Die Sache kam ans Tageslicht, als von dem Wahl-Ausschuß die Abrechnung über die stattgehabte Reichstags-Wahl einer Prüfung unterzogen wurde. — Die bürgerliche Presse hat hier bereits einen willkommenen Anlaß gesehen, um auf die „von Arbeitergroßen lebenden Agitatoren“ weidlich zu schimpfen und im übrigen sich einige Thränen abgepreßt über die „armen Arbeiter“, die ihr mühsam erpartes Geld den „sozialdemokratischen Hebern“ gaben. Nun, wir haben gewiß keine Veranlassung und fühlen kein Bedürfnis, irgendwelche Schleichthätigkeit beschönigen zu wollen, die Enttarnung der bürgerlichen Presse aber ist durchaus deplaziert. Was in dieser Beziehung innerhalb der bürgerlichen Parteien alles geschieht, kommt natürlich — namentlich wenn es sich um derartige Lappalien handelt — nicht an die Öffentlichkeit, sonst ...

Aus Meiningen. Am letzten Sonntag fand im Eichhorn'schen Saale in Steinach der siebente Parteitag für den Wahlkreis Meiningen II statt. 24 Orte hatten Delegierte geschickt. Die Meiningische Landtagsfraktion war vollständig, vier Mann stark, erschienen. Die Verhandlungen beschäftigten sich in erster Linie mit einem Rückblick auf die verlossene Reichstagswahl und die dabei zu tage getretenen Mängel in der Organisation, ferner mit den unter dem neuen Gemeindegeseß stehenden Gemeindegewahlen. Sonneberg und Börsnecht hatten die im Vorjahre in Gräfenthal angenommene Resolution nicht befolgt, wonach überall das erste Mal eine rege Agitation für die Wahl eigener Kandidaten, selbst bei voranschreitender Erfolgslosigkeit, einleitet werden sollte; es sollte dadurch geprüft werden, welche Stimmenzahl auf unsere Kandidaten zu vereinigen möglich sei. In Börsnecht, der Zentrale, hatte man durch Kompromiß allerdings den Genossen Seige durchgedrückt. In Sonneberg dagegen hatte man gleich von vornherein Wahlenthaltung oder Abgabe weißer Fettel proklamirt, aber trotzdem wurde unser Genosse Wehder (in der Hauptsache durch gegnerische Stimmen!) gewählt, das Mandat jedoch auf Beschluß der Sonneberger Genossen nicht angenommen. Es gelangte deshalb eine Resolution dahingehend zur Annahme, daß an allen Orten, wo positive Erfolge nicht zu erzielen sind, bei der Wahl Protestzettel abgegeben und dies so lange fortgesetzt werden soll, bis den Widerwillen gegen dieses gegen uns sich richtende Ausnahmeseß die Regierung nicht mehr wird ignorieren können. Im weiteren beschäftigte sich der Parteitag noch mit dem Verhalten der Landtagsfraktion bei diversen Abstimmungen im Landtage, sowie über die künftige Zusammenlegung der meiningischen Parteitage. In letzterem Punkte wurde beschlossen, daß auf künftigen Parteitagen nur Delegierte s t i m m e r t haben. Nachdem Genosse Wehder - Sonneberg als Delegierter für den Stuttgarter Parteitag gewählt war, wurden noch diverse weitere Anträge eingelegt und der Parteitag nach fünfständiger Tagung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Todtenliste der Partei. In Rieder-Grund bei Wälterwäldersdorf in Schlesien starb der seit 30 Jahren für unsere Partei thätig gewesene Genosse Jung.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Halenholz - Staffurt wurde vom Stabsurter Amtsgericht wegen öffentlicher Verleumdung des Bürgermeisters Reinhard, begangen durch eine Versammlungsrede, zu 75 M. Geldstrafe

verurteilt. Der Amtsanwalt hatte 1 Monat Gefängnis beantragt. Der Gerichtshof glaubte jedoch infolge der Jugend und der bisherigen Unbestraftheit des Angeklagten von einer Gefängnisstrafe Abstand nehmen zu sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Tapezierer! In der Möbelfabrik von Eberhardt, Holzmarktstr. 21, sind die Differenzen noch immer nicht geregelt. Zugut ist streng fern zu halten.

Deutsches Reich.

Zum Hamburger Brothoykott wird uns aus Hamburg geschrieben:

Die auf Betreiben des Arbeitgeberverbandes von der Hamburger Wäckerinnung vorgenommene Organisation des Demunziantenthums, über die zu sprechen nicht nach dem Geschmack der Hamburger Polizei zu sein scheint, indem sie jedem Versammlungsbredner, der sie kritisch berührt, das Wort entzieht, hat auf Seiten eines großen Theils der Hamburger Beamenschaft böses Blut erregt. Die sehr gut geleitete Hamburger Lehrerschaft „Pädagogische Reform“ hat das Vorgehen der Innung schon mehrfach sehr scharf zurückgewiesen, und jetzt schreibt ein Beamter in den bürgerlichen, sehr „lokalen“, „Hamburg-Neuesten Nachrichten“ folgendes: „Ganz abgesehen von dem, mehr aus Engherzigkeit, als aus begründeter Nothwendigkeit erfolgten amnahnenden Eingriff in die Privatrechte des lokal gesonnenen Bürger- und Beamtenthums, wie ihn die Wäckerinnung durch ihre Demunziantenlisten bezweckt, dürfte es demnach erforderlich sein, daß die betroffenen Kreise hierdurch öffentlich einmal in der Tagespresse ihren Standpunkt erklären. Etwas Unglückeliges hätte sich die Wäckerinnung garnicht leisten können, da sie durch jene Listen das direkt Entgegengesetzte erreichen wird, nämlich, daß das lokale Bürger- und Beamtenthum, das sich bisher wenig um den Brothoykott gequält hat, in gerechter Abwehr sich bekanden wird, das Brot der Herren demunziantenfüchtigen Innungsmeister fernherhin zu konsumieren. Im übrigen mag den Herren Innungsmeister noch ins Gedächtnis gerufen werden, daß bisher tausende Unparteiischer nunmehr zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die Forderungen der Gefellen berechtigt sein dürften, und weniger einen unbilligsten, wohl aber einen hohen sittlichen und ethischen Werth haben: daher die Unterstützung jener Elemente des gebildeten Bürger- und Beamtenthums, die sehr wohl zwischen sozialdemokratischen und ethischen Bestrebungen zu unterscheiden vermögen.“ Thatsächlich haben mehrfach Demunziationen von Beamten durch die Wäckerinnung, resp. durch mit ihr verbündete Brothändler stattgefunden, und zwar sind, soweit das bis jetzt bekannt geworden ist, Postbeamte davon betroffen. Dieselben haben sich auf die „wohlmeinende Vorstellung“ ihres Vorgesetzten dazu verstehen müssen, Wäckerinnung aus hochpolitischen Wäckerinnung zu entnehmen, um Wahregelungen zu vermeiden.

Vom Streik der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Magdeburg.

Der von den Arbeitern und Unternehmern abgepöbelte Lohnzettel gestaltet sich wie folgt: Der Lohn im Stadtkreis Magdeburg beträgt für die vollarbeitfähigen Gesellen 42, 43 und 44 Pf. für die Stunde mit der Maßgabe, daß jeder Meister mindestens so viel mal 43 Pf. für die Arbeitsstunde zu entrichten hat, als vollarbeitfähige Gesellen in seinem Geschäft beschäftigt werden. Freie Vereinbarung über den Stundenlohn findet statt a) mit Junggesellen, welche nachweislich noch nicht ein Jahr als Geselle gearbeitet haben, diese sollen nicht unter 37 Pf. Stundenlohn erhalten; b) mit allen Gesellen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer geschäftlichen Leistungsfähigkeit sind, diese sollen nicht unter 30 Pf. Stundenlohn erhalten. Die Bauarbeiter erhalten einen um 10 Pf. für die Stunde geringeren Lohn als die vollarbeitfähigen Gesellen unter analoger Anwendung der für diese festgesetzten Maßgaben. Akkordarbeit ist zulässig und wird nach freier Vereinbarung gezahlt; als Akkordarbeit ist insbesondere auch regelmäßig das Stein- und Kalktragen der Bauarbeiter zu verstehen. Diese Bedingungen hatten die Meister selbst gestellt; trotzdem wollte ein Theil der Unternehmer von diesen Abmachungen nichts wissen. Sie haben erst nochmals „Stellung“ genommen, ein Theil wollte den Kampf weiter führen, die Mehrheit war aber schließlich für den Friedensschluß.

Der Polizeikampf gegen das Koalitionsrecht treibt immer weitere Schritte. Gegenüber dem Braunschweiger Maurer-Kreis unternahm die Streikenden in größeren Trupps Spaziergänge nach den Bauten hin. Dabei wurden 22 Mann sistirt und erhielten nur Strafmandate in der Höhe von je 15 M. Auf ihren Antrag hatte sich das Schöffengericht damit zu befassen und verurtheilte 17 Mann zu je 5 M. Geldstrafe. Die übrigen wurden freigesprochen.

40 Steinarbeiter vom Köhler Wald (Sachsen) haben am 27. Juli die Arbeit niedergelegt. — In Witten leben bei Reuhaldensleben haben unter gleichem Datum die Steinarbeiter der Firma Doeblers wegen Lohnreduzierung die Arbeit ruhen lassen. — Der Streik der Steinarbeiter bei der Firma Schraep in Rostock ist durch Vermittelung eines Mitgliedes des Vorstandes des Verbandes der Arbeiter, an das sich das Geschäft gewandt hatte, beigelegt.

Zum Streik der Leipziger Fabrik und Modelistischer. Bewilligt haben 16 Arbeitgeber mit 77 Modelistischer, ausständig sind 61, an der Bewegung nicht beteiligt sind 92.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute zu Dresden hatte eine Petition an den dortigen Stadtrat gerichtet, welche eine Erweiterung der Sonntagsruhe für die Handelsangestellten, Einführung der Sitzgelegenheit in den Ladengeschäften und des Abtuh-Bedenkschlusses und endlich Anstellung besonderer Handelsinspektoren forderte. Diese Petition ist abschlägig beschieden worden. Daraufhin hat eine Handlungsgehilfen-Versammlung folgende Resolution gefaßt: „In anbetraht, daß die bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe fortgesetzt übertreten werden, daß insbesondere die Handelsangestellten zu anderen als zu den gesetzlich erlaubten Komptoirarbeiten, z. B. Expeditions- und Lagerarbeiten herangezogen werden und sich die Ueberwachung durch die städtische Wohlfahrtsinspektion als unzulänglich erwiesen hat, fordert die heute im Gewerkschaftshaus „Germania“ tagende Versammlung auf, jede Ueberretung der zum Schutze der Handelsangestellten bestehenden Bestimmungen sofort dem Vorstande der „Freien Vereinigung der Kaufleute für Dresden und Umgegend“ mitzutheilen, dem zur Pflicht gemacht wird, diese Fälle zur Kenntniß der Behörde zu bringen.“

Ausland.

Aus Finnischen wird unterm 25. d. Mts. berichtet: 300 Kohlenarbeiter der Esztergom-Szabvar Kohlenbergbau-Gesellschaft haben, nachdem ihre Forderungen, betreffend die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Lohnes nicht bewilligt wurden, die Arbeit eingestellt. Vier Arbeiter wurden verhaftet.

Eine Deputation der Arbeiter und Arbeiterinnen der Budapester Konervenfabrik, bestehend aus drei Arbeitern und drei Arbeiterinnen, sprach, wie die Wiener „Arb. Ztg.“ berichtet, bei dem Direktor vor, um ihm ihre Beschwerden und Forderungen zu unterbreiten. Da die Deputation beruhigende Erklärungen und die Verifizierung erhielt, daß die fünfzig entlassenen Arbeiterinnen wieder angestellt werden sollen, dürfte die Arbeit wieder ausgenommen werden.

Von dem Arbeiterkomitee von Belosiel (Rußland) geht folgende Zuschrift zu: Bereits die sechste Woche dauert in unserer Stadt der Ausstand von gegen 2000 jüdischen und arifischen Weibern, welche eine Erhöhung der Löhne fordern. Die Regierung bemüht sich, mit allen Mitteln den Streikenden in den Weg zu treten, sie veranlaßt Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und weist die Arbeiter nach ihren Heimathorten aus. Ueber 300 Mann sind ins Gefängnis gesteckt worden, mehr als 100 ausgewiesen. Trotz solch grausamer Verfolgungen lassen jedoch die Streikenden den Rath nicht sinken und sehen hartnäckig ihren Kampf gegen die Unternehmer

und zugleich gegen die Regierung fort. Die Drohungen des Polizeimeisters, des Chefs der Gendarmerieverwaltung und selbst des Gouverneurs, welcher sich persönlich die Mühe gegeben hatte, nach Belofstol zu kommen, um mit den „Rebellen“ fertig zu werden, haben keinen Erfolg gehabt. Als der Gouverneur vor den Arbeitern eine Rede gehalten hatte, in welcher er sie ermahnte, den abelgestimmten Leuten, welche ja nur die Arbeiter ins Verderben stürzen wollten, kein Gehör zu schenken und zur Arbeit zurückzukehren, entfernte sich die tausendköpfige Arbeitermenge demonstrativ und durchzog im Marsche die Hauptstraßen der Stadt. Darauf haben die Verhaftungen zugenommen und hören bis auf den gegenwärtigen Tag nicht auf. Die traurige Lage der Streikenden, wie auch der Familien der Verhafteten entzieht sich jeder Beschreibung, die Leiden infolge des Hungers sind entsetzenderregend. Die Belofstoler sowie die auswärtigen Arbeiter, darunter die Petersburger und Moskauer, haben im Verlaufe des Streiks ihre kämpfenden Brüder nicht im Stich gelassen und ihnen Geldmittel zugeführt. Jedoch gegenwärtig sind alle Hilfsquellen verstreut, die Roth hat den äußersten Grad erreicht und wenn im Laufe der nächsten Woche keine Hilfe kommt, werden die Streikenden zu einer schmachvollen Kapitulation genöthigt werden, was auf die Arbeiterschaft demoralisirend wirken wird. Kann Hilfe, sei es auch nur für eine Woche, kommen, so ist Aussicht vorhanden, daß der Streik gewonnen wird.

Soziales.

Arbeiterrißto. Aus Friedenschütte wird berichtet: Auf der Luthandgrube ist nach der „O. Gr. Ztg.“ der Schmelz Franz Pischung von hier durch den elektrischen Strom der unterirdischen Bahnanlage getödtet worden. Der Tod trat augenblicklich ein. Pischung hinterläßt eine Wittve und drei unversorgte Kinder. — Wieder haben zwei Vergleute bei der Arbeit ihren Tod gefunden. Aus Langendreeer wird darüber am 25. d. M. geschrieben: Ein schreckliches Unglück ereignete sich während der heutigen Morgenarbeit auf der Zeche Bruchstraße. Die Vergleute Hinz aus Langendreeerhöhe und Pähne aus Langendreeerhöhe hatten sich in den Langendreeer gefest, um denselben loszuarbeiten. Der Bremskorb schnellte, laut „Trem.“, plötzlich in die Höhe, und die beiden Vergleute wurden so schrecklich verstimmt, daß sie nur mehr als Leichen aus dem Korbe herausgeholt werden konnten.

Eine Konferenz der Arbeitervertreter von Rheinland, die am 25. d. Mts. in Düsseldorf tagte, war von 106 Arbeitervertretern besucht. Es wurde beschlossen, liberal Arbeitervertretervereine zu gründen mit der Maßgabe, daß die Vereine kritisch so eng wie möglich begrenzt sind und jedem interessierten Arbeiter, ohne Rücksicht auf seine politische oder religiöse Ueberzeugung der Beitritt offen steht. Die Vereine sollen Wege ausfindig zu machen suchen, die es ermöglichen, daß die Arbeitervertreter auch einen wirklichen Einfluß auf die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen geltend machen können.

Aus dem Gegenwartsstaat. Wegen Bettelns und Landstreichens wurde von der Strafkammer in Glatz der wegen der gleichen Delikte schon etwa 40mal vorbestrafte, 55 Jahre alte, domizilllose ehemalige Fleischergehilfe August Edelst aus Siegenhals zu zwei Wochen Haft verurtheilt. Von der seitens der Staatsanwaltschaft beantragten Ueberweisung an die Landes-Polizeibehörde nahm der Gerichtshof Abstand, weil der Beschuldigte wegen Krämpfe und verkrüppelten Händen erwerbsunfähig erscheint! —

Versammlungen.

Im Wahlverein für den zweiten Wahlkreis behandelte Genosse Stadthagen am Dienstag das Thema: Welche Form der Organisation ist die beste. Der Redner theilt nicht die in unseren Kreisen laut gewordene Ansicht, daß die unbefriedigenden Wahlerfolge in Berlin einer Verbürgerlichung der Wahlkreise zuzuschreiben seien. Namentlich treffe das auch für den zweiten Wahlkreis nicht zu, denn derselbe sei nach Außen gewachsen, die Wählerzahl habe auch seit 1893 um 1890 zugenommen, wovon doch die Mehrzahl Arbeiter sein werden. Es komme nicht darauf an, ob der eine oder der andere Abgeordnete gewählt werde, sondern das Hauptgewicht sei auf die Vermehrung unserer Anhängerschaft zu legen. Unser Erfolg liege vor allem darin, daß auch bei der letzten Wahl unsere Stimmenzahl prozentual zugenommen hat. Wenn im zweiten Wahlkreise die Zunahme nicht eine so große war, wie es wünschenswerth erscheint, so zeige dieser Umstand, daß bei der Hauptwahl nicht alle unsere Anhänger herangezogen worden sind. Das sei wieder zurückzuführen auf die große Siegesübersticht, welche vor der Wahl in den Reihen unserer Genossen herrschte. Erfüllt von der Siegesgewißheit habe man die Agitation nicht mit der erforderlichen Energie betrieben. Da die Agitation nicht ohne Organisation möglich sei, so frage es sich, wie die Organisation zu gestalten sei. Für uns als Sozialdemokraten müsse in erster Linie das Organisationsstatut der Partei maßgebend sein. Das Vertrauensmänner-System sei ja nicht das denkbar beste, aber es sei doch die beste Organisationsform, die wir uns nach Lage der Befehigung und der Befehigungslegung geben können. Das Vertrauensmänner-System müsse das Rückgrat der Partei-Organisation bilden und der Wahlverein dürfe unter keinen Umständen die Funktionen des Vertrauensmannes übernehmen. Der Wahlverein habe die Aufgabe, neue Genossen heranzuziehen, und die alten Genossen in unseren Anschauungen und Grundbegriffen zu vertiefen. Das schließe natürlich nicht aus, daß die Mitglieder des Vereins sich dem Vertrauensmann als Hilfskräfte zur Verfügung stellen. Wenn das bei der Reichstagswahl nun in unzureichender Weise geschehen sei, so liege das wohl daran, daß die Organisationsbedürfnisse im Jahre 1894 sich persönlich ausgeprägt und deshalb manche Genossen verstimmt hätten. Es sei Zeit, daß die Debatten über die Form der Organisation aufhören. Redner bezeichnet sich als entschiedener Gegner von kleinen Gruppen innerhalb des Vereins, weil solche unter der heutigen Befehigung und Rechtsprechung als selbständige Vereine angesehen werden könnten. Nicht auf die Form der Organisation, sondern auf den Inhalt komme es an. Die Frage, welche Organisation die beste ist, sei dahin zu beantworten: Eine festgesetzte, eine unter allen Umständen verlässliche. Es sei nicht nöthig, daß an der gegenwärtigen Organisation des Wahlvereins etwas geändert werde. Dagegen sei eine Aenderung in den Arbeiten des Vereins erwünscht. Es müsse mehr Gewicht gelegt werden auf die Kleinarbeit, die Agitation von Mund zu Mund. Die Versammlungen des Vereins sollen keine Paradedemonstrationen sein, sondern hauptsächlich der Belehrung und Ausbildung der Mitglieder dienen. Zu diesem Zweck müßten die Vortragsproben systematisch ausgewählt werden, eine freie Aussprache werde die Versammlungen interessant machen. Auf solche Weise würden neue Genossen herangezogen und die alten in ihren Anschauungen befestigt. — An der Diskussion theilte sich eine ganze Anzahl von Rednern, die größtentheils mit den Ausführungen Stadthagens hinsichtlich der Organisation übereinstimmten. Andererseits wurden auch abweichende Ansichten und der Wunsch nach Aenderung der bisherigen Organisation laut. Unter anderen bemerkte Ewald, wir müßten schärfer, als es in letzter Zeit geschehen, unsere Prinzipien betonen. Die Reichstagswahl habe gezeigt, daß uns die bürgerlichen Parteien als eine reaktionäre Masse gegenübersehen, die wir niemals unterliegen dürfen, weder in der Landtagswahl, noch bei den Stichwahlen. Unsere Partei habe sich zu sehr nach der wissenschaftlichen Seite entwickelt, jeder wollte nur noch gelehrte Vorträge hören, dabei seien die praktischen Fragen vernachlässigt worden. Wenn wir unsere heutigen Vorkämpfer mit denen vor dem Sozialistengesetz vergleichen, dann sehe man, daß wir uns zwar sehr wissenschaftlich, aber auch unweicher nach rechts entwickelt haben. Der proletarische Charakter unserer Partei müsse mehr betont werden. Zubeil tritt dafür ein, daß das Statut den Mitgliedern bestimmte Pflichten bezüglich der Agitation auferlege. Von der so notwendigen Kleinarbeit müsse jedem ein Stück zugewiesen werden, was er auszuführen habe. Auch die Rechte des Vorstandes hinsichtlich der Agitation müßten erweitert

werden. Für die sogenannte Reorganisation sei er nicht, aber er wolle auch nicht, daß eine Verhinderung eintrete. Spahn hält die gegenwärtige Organisation des Wahlvereins nicht für zweckmäßig und plädiert für die Bezirksvereintheilung. Woldersky meint, man solle nicht immer, wenn die Frage der Organisationsänderung behandelt werde, vor dem Staatsanwalt hängen. Es sei genügt daran zu denken, daß der Verein in die Funktionen des Vertrauensmannes eingreife. In der bisherigen Weise könne es nicht weiter gehen, eine Aenderung müsse eintreten. Bei der Reichstagswahl habe es große Schwierigkeiten verursacht, die 132 Bezirksführer zu finden. Diese müßten deshalb, damit sie erforderlichenfalls bei der Hand sind, zu einer dauernden Einrichtung des Vereins gemacht werden. Die Belehrung und Vertiefung der Parteigenossen könne nur im kleinen Kreise gepflegt werden. Dem Genossen Ewald erwiderte er, daß wir uns mehr mit der Wissenschaft beschäftigen und uns von der Wraße emanzipiren. — Es lagen von Stadthagen, Zubeil und Rahn Anträge im Sinne ihrer Ausführungen vor, über die aber erst in der nächsten Versammlung, wo die Diskussion fortgesetzt werden soll, abgestimmt wird.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, hielt am Dienstag seine ordentliche Generalversammlung im Kolberger Salon ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der im verfloffenen Quartal verstorbenen Mitglieder Wagner, Lukas und Weder in der üblichen Weise. Dem Vorstandsbericht, den Kiesel erstattete, war zu entnehmen, daß im letzten Quartal 9 Versammlungen in den verschiedenen Stadttheilen und 6 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl ist von 4242 auf 4840 gestiegen. Ausgeschlossen aus dem Wahlverein wurde das Mitglied Koopmann aus den schon bekannten Gründen. Der Redner verwies sodann darauf, daß die Mitgliederzahl des Wahlvereins der großen Zahl der bei den Wahlen für unsere Partei abgegebenen Stimmen durchaus nicht entspricht, und ersuchte die Genossen, für die Werbung neuer Mitglieder recht rege thätig zu sein. Nach dem Kassenbericht, den Tauschel gab, betragen die Einnahmen incl. des alten Bestandes von 283,30 M. im verfloffenen Quartal 489,40 M., die Ausgaben, darunter 3500 M. zur Agitation, insgesammt 4116 M., so daß ein Kassenbestand von 273,40 M. verbleibt. In der sich hieran anschließenden Diskussion bemängelte Scheffler den im letzten Anfang der Versammlungen, wodurch vielfach die Genossen von dem Besuch der Versammlungen abgehalten werden. Außerdem regte er an, die Versammlungen in den einzelnen Stadttheilen in bestimmten Zwischenräumen abzuhalten, damit die Mitglieder darauf vorbereitet sind und frühzeitig für den Besuch agiliten können. Hierauf wurde dem Kassirer auf Antrag der Revisoren, die die Abrechnung für richtig erklärten, die Decharge erteilt. Ein Antrag des Genossen Meyer auf Abänderung der §§ 3 und 10 des Statuts, wonach bei der Aufnahme von Mitgliedern in den Verein die stiftliche Qualifikation der Betreffenden eingehend geprüft werden soll und auch beim Ausschluß in Betracht zu ziehen ist, wurde, nachdem darauf hingewiesen worden war, daß das gegenwärtige Statut hierzu die Handhabe giebt und auch die Zahlstimm-Inhaber und Bezirksführer angewiesen sind, nach dem Wunsch des Antragstellers zu verfahren, durch Ueberlegung zur Tagesordnung erledigt. Eine längere Debatte entspann sich sodann über die Handhabung der Geschäftsordnung, in der schließlich festgesetzt wurde, daß nur Anträge auf Abänderung des Statuts 14 Tage vor Stattfinden der Generalversammlung bei dem Vorstande eingereicht werden müssen und in der Versammlung selbst, um verhandelt zu werden, die Unterstützungsfrage zu stellen ist, während alle anderen Anträge ohne diese Formalitäten in der üblichen Weise auch in den Generalversammlungen zur Verhandlung gestellt werden können. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung ab. Der vom Vertrauensmann Schrot erstattete Vierteljahrsbericht ergiebt eine Einnahme für Marken und mit Bestand vom ersten Quartal von 466,12 M. bei einer Ausgabe von 185,85 M., so daß ein Bestand von 280,27 M. verbleibt. Auf Listen sind 41,90 M. gezeichnet worden. Nachdem von den Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekundet, wird dem Vertrauensmann Entlastung erteilt. Eine äußerst rege und längere Diskussion entspann sich nunmehr über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Regelung der Lohn- und Arbeiterverhältnisse in der bevorstehenden Saison. Schrot ist der Meinung, daß ein einheitliches Vorgehen im Herbst notwendig sei. Hannich und Langhabel halten es für erforderlich, daß zunächst der Stundenlohn da, wo er nur 40 Pf. beträgt, wieder auf 60 Pf. gebracht werde, besonders wo die Hausindustrie Eingang gefunden habe. Gleichzeitig müsse ein Ausschuss in der Organisation erfolgen durch eine rege Werkstättenagitation, die ein Zusammengehen der Schleifer und Steinmehrer ermögliche, wie es von Paulikat und anderen gewünscht wird, um den Kampfsgeist zu befestigen. Die Einführung der prozentualen Beiträge habe ein einheitliches Vorgehen mit den Sandsteinarbeitern wesentlich erschwert. Schrot hält es aber für erforderlich, die bestehende Organisation beizubehalten, im Gegensatz zu Paulikat, welcher den Austritt aus der Organisation der Marmor- und Granitarbeiter Deutschlands für geboten erachtet. Die Reibereien zwischen den Mitgliedern der Filiale I (Sandsteinarbeiter) und Filiale II (Marmor- und Granitarbeiter) müßten beigelegt und mit den Beiträgen auch nicht gefahrt werden. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, in nächster Zeit eine kombinierte Versammlung einzuberufen, in welcher zugleich eine einheitliche Regelung der Marktenbeiträge erstrebt werden soll.

Ein Antrag: eine neue Tarif- und Agitationskommission zu wählen, fand keine Unterstützung; es wurde beschlossen, die bisherige Kommission bis auf weiteres bestehen zu lassen. Als neue Mitglieder dieser Kommission wurden Durrer und Prißnow gewählt. Dem Vertrauensmann wurden für seine Thätigkeit im verfloffenen Quartal 20 M. Entschädigung gewährt. Ein Antrag Schrot: 40 M. für neue Jugereste zu bewilligen, wurde bis zur nächsten Versammlung verlagert.

Eine gut besuchte Versammlung der Ristenmacher tagte am 25. d. M. in den Rinstenhallen, Kommandantenstr. 20, wo Kollege Paul die Abrechnung vom 2. Quartal verlas. Diese ergab einen Bestand von 416,18 M. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete Schulz über den Streik bei Engel und wurde hervorgehoben, daß derselbe noch sehr günstig steht. Scharf gerügt wurde, daß der Unternehmer Engel viel Unterstützung von Seiten der Polizei hat, aber auch Privatleute verschmähen es nicht, dem Unternehmer ihre Hilfe angedeihen zu lassen. So ist z. B. der Schwiegersohn des Herrn Portiers Matzke, Münzstraße Nr. 4, ein gewisser Herr Lorscheid, wohnhaft zu Charlottenburg, Schillerstraße Nr. 4, seines Zeichens Architekt, Maurer- und Zimmermeister, welcher seine Ruhestunden dazu benützt, um als Kreisräthensbeisitzer bei Engel, Münzstr. 4, thätig zu sein. — Im dritten Punkt wurden Oehme als erster und Ruhn als zweiter Schriftführer gewählt. Ferner wurde die Lohnkommission gewählt, welche nun zusammengefasst ist aus: Wittmann, Judel, Schwanberg, Torfheger, Splinier, Schulz, Ruhn, Schmidt und Martin. Sodann wurde den Streikenden die übliche Unterstützung gewährt. Mit einem Appell an alle Anwesenden, die Kollegen von Engel moralisch und finanziell zur Seite zu stehen, schloß die Versammlung.

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein hielt am 23. Juli seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Genosse Barth berichtete, daß im verfloffenen Jahre 11 Versammlungen mit Vorträgen über verschiedene Themen stattfanden, die gut besucht waren und in welchen meist lebhaft debattirt wurde. Genosse Krause gab den Kassenbericht. Am 15. Juli 1897 hatte der Verein 130 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten 67 demselben bei, bezogen und abgemeldet sind 15. Mittheilung hatte die Zunahme 52 betragen und waren am 23. Juli 1898: 182 Mitglieder. Die Einnahmen betragen 357,61 M., die Ausgaben 340,15 M., bleibt ein Bestand von 17,46 M. Unter den Ausgaben waren

unter anderen: für Referenten 68 M., für die Bibliothek 32,35 M. Zur Agitation für den Verein und für Druckfachen 71,10. Zur Agitation an den Vertrauensmann 150 M. u. s. w. Die Revisoren hatten viermal residirt und die Kasse in bester Ordnung gefunden; auf Antrag derselben wurde der Kassirer entlastet. Der Bibliothekar wurden 57 Bände von 21 Mitgliedern entnommen, dieselbe befindet sich bei Gerbich, Kirchstr. 10. Nachdem die Neuwahlen vollzogen, forderte Genosse Barth die Mitglieder auf, weiter zu agitiren und für unsere Ideen zu wirken. Wenn auch das Resultat der Organisation, circa 19—20 pCt. der sozialistischen Wähler (940) beträgt, und im Verhältnis zu Berlin und allen Vororten äußerst günstig ist, so müßte doch weiter gearbeitet werden, um die 80 pCt. der politisch Unorganisirten heranzuziehen.

Friedensverhandlungen.

zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten sind nun doch thatsächlich angeknüpft worden. Aus Washington wird nachfolgende amtliche Auslassung der Regierung telegraphirt:

„Der französische Votschaffer Cambon hat im Namen der spanischen Regierung und auf Ansuchen des Ministers des Aeußeren dem Präsidenten heute Nachmittag im Weißen Hause eine Votschaft der spanischen Regierung überreicht, welche das Ende des Krieges und die Feststellung der Friedensbedingungen bezweckt. Nachdem sich Cambon entfernt hatte, hatten die Sekretäre Alger und Long eine lange Besprechung mit dem Präsidenten Mac Kinley. Die Theilnahme Spaniens war in allgemeinen Ausdrücken gehalten, sie macht keine bestimmten Vorschläge bezüglich Kubas oder der Philippinen und beschränkt sich darauf, den Wunsch nach Eröffnung der Friedensunterhandlungen auszudrücken. Präsident Mac Kinley hat sich die Antwort vorbehalten und erklärt, er werde die Angelegenheit dem Kabinett unterbreiten. Dann werde er Cambon eine neue Unterredung gewähren, um ihm mitzutheilen, ob die Vereinigten Staaten zur Eröffnung von Unterhandlungen bereit seien. Es steht noch nicht fest, in welcher Weise die Unterhandlungen geführt werden sollen, falls die Vereinigten Staaten den Vorschlag Spaniens annehmen. Man hält es aber für wahrscheinlich, daß der amerikanische und der spanische Votschaffer in Paris mit der Führung der Verhandlungen von dem Punkte an betraut werden, bis zu dem Präsident Mac Kinley und der französische Votschaffer Cambon gelangt sind.“

Ueber die Beratungen Mac Kinley's mit den Kabinetts-Mitgliedern wird auch bereits bekannt, daß man sich entschieden habe, das Angebot, Unterhandlungen zu eröffnen, anzunehmen, obson der Kriegungeschwächt für geföhrt werden würde, bis etwas Greifbares in Beziehung auf die Friedensbedingungen vorgeschlagen werde.

Einige weitere Meldungen ist „New-York Herald“ zu machen in der Lage.

Einer Meldung dieses Blattes zufolge besagt die vom französischen Votschaffer Cambon dem Präsidenten Mac Kinley überreichte Note etwa folgendes: Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Spaniens befinden sich infolge der von Spanien abgelehnten Forderung der Union, Spanien solle Kuba räumen, leider im Kriegszustande. Spanien giebt zu, in dem Waffenkampfe den Kürzeren gezogen zu haben, worunter das Land schwer zu leiden hat. Die Regierung hält deshalb die Zeit für gekommen, wo sie die Mitwirkung der Vereinigten Staaten beiföhrt Beendigung des Krieges nachsuchen kann. Sie stellt daher das Ersuchen, durch Vermittlung des französischen Votschaffers, von den Bedingungen benachrichtigt zu werden, zu welchen die Vereinigten Staaten bereit sind, Frieden zu schließen. Cambon war nicht in der Lage, dem Präsidenten Mac Kinley zu sagen, zu welchen Konzessionen Spanien bereit sei. Wie verlautet, sei für die Unionregierung das mindeste annehmbare Zugeständniß für den Friedensschluß die vollständige Unabhängigkeit Kubas unter amerikanischem Schutze, die unbedingte Abtretung Portoricos und der Ladronen, sowie die Ueberlassung einer Kohlenstation auf den Philippinen. Letzteres sei eine durchaus wesentliche Bedingung für den Abschluß des Friedens.

Der Krieg wird mittlerweile fortgeführt. General Miles ist, wie gestern schon gemeldet wurde, bereits auf Portorico gelandet. Die Regierung in Washington hat folgende aus Guanica (an der Südküste der Insel, westlich an der größeren Stadt Ponce) vom 25. Juli, nachmittags 2 Uhr, datirte Depesche erhalten: Die Expedition des Generals Miles, welche Donnerstag von Guantanamo ausgegangen war, ist heute hier nach einem Scharmittel zwischen spanischen Truppen und der aus 30 Mann bestehenden Besatzung einer Schaluppe des Hilfslandweibootes „Gloucester“ gelandet. In dem Scharmittel sind auf spanischer Seite 4 Mann, auf amerikanischer niemand gefallen. Die amerikanische Streitmacht wird schnell vorrücken, um sich der nach Ponce föhrenden Eisenbahn zu bemächtigen.

Auch aus Madrid wird diese Meldung bestätigt.

Ueber den „Irene“-Zwischenfall wird aus Shanghai gemeldet: Gegenüber in hiesigen Zeitungen verbreiteten Angaben über den neulichen Aufenthalt der „Irene“ in der Subic-Bai bringt der hiesige „Ostasiatische Lloyd“ eine amtliche Verichtigung des Chefs der 2. Division des Kreuzergeschwaders, des Prinzen Heinrich von Preußen, woraus sich folgendes ergibt: „Irene“ holte eine Anzahl auf Isla Grande in der Subic-Bai in Roth gerathene spanische Frauen und Kinder ab und traf dort zufällig mit einem Dampfer der Insurgenten zusammen, welcher sich ohne weiteres entfernte. Auf dem Rückwege von Isla Grande begegnete „Irene“ vor der Bucht von Manila zwei Kreuzern der Vereinigten Staaten, ohne angeprochen zu werden. Die Uebernahme der Frauen und Kinder geschah im Dienste der Menschlichkeit unter strenger Beobachtung der Regeln der Neutralität.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Stuttgart, 27. Juli. (W. Z. B.) Infolge eines heftigen Sturmes stürzte heute Nachmittag das Gerüst eines Neubaus ein, wobei ein Zimmermann getödtet, ein anderer leicht verletzt wurde. Das mit starkem Hagelschlag verbundene Unwetter hat an Häusern, Gartenanlagen und Feldern vielfach großen Schaden angerichtet.

Villach, 27. Juli. (W. Z. B.) Der Grundbesitzer Millant aus Dellach stürzte von der Rothen Wand ab und blieb todt.

London, 27. Juli. (W. Z. B.) Unterhaus. Der Handelsminister Ritchie befristete die Einföugung einer neuen Bestimmung in die Bill, betreffend die Handelsmarine, wonach denjenigen Rhebern, deren Schiffe eine bestimmte Anzahl von Schiffsjungen föhren, die für die Reserve der königlichen Marine geworden sind, ein Erlaß von 20 pCt. der Leuchtfeuerabgaben gewährt werden soll, und föhrete hierbei aus, wenn man dies Prinzip allgemein durchföhre, werde die Zahl der geborenen Schiffsjungen 16000 betragen. Die Zunahme der ausländischen Seeleute bei der Handelsmarine sei eine erste Frage, weil die königliche Marine davon abhängig sei, daß sie ein weißes Feld zur Auswahl von tüchtig geföhnten Seeleuten von der Handelsmarine bestimme. Wenn die Reserve der königlichen Marine jetzt einberufen werden müßte, würde die Handelsflotte fast gänzlich den Händen ausländischer Seeleute überlassen sein. Dies wäre eine thatsächliche Gefahr, der man vorbeugen müßte. Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Ritchie's mit 189 gegen 52 Stimmen angenommen. Hierauf wurde die dritte Lesung der Bill betreffend die Unterstützung der Handelsmarine ohne Abstimmung angenommen.

Brüssel, 27. Juli. (W. Z. B.) Der von der „Independance“ und vom „Soir“ angestregte Verleumdungsprozeß gegen den Pariser „Jour“ wurde heute von der Zivilkammer auf den 10. Oktober vertschoben, weil der „Jour“ nicht vertreten war.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation hat gestern unter Vorsitz des Stadtyndikus Neubert...

Heber die gegenwärtigen Selbstkosten der elektrischen Beleuchtung in den eigenen städtischen Stromerzeugungsanlagen...

Lokales.

Die Mitglieder der Lokalkommission werden ersucht, alle Änderungen der Lokalliste ihrer Orte bis spätestens Mittwoch...

Zur Lokalliste. Die Arbeiter der Firma Schäffer u. Dehlmann, Chausseestr. 40, halten am 6. August im gespernten Lokal...

Zur Förderung der Gesundheitspflege in der Familie, namentlich bei der unermittelten Bevölkerung...

abgeholfen werden, daß eine große gewölbte und überdachte Rückwand mit einem vorstehenden und erhöhten Podium für 3000 Sänger...

Bier große Kaffeeläden werden zur Verfügung stehen, so daß auch hier für schnelle Abfertigung Sorge getragen ist.

Die Sängerkonferenz des Bundes wurden stets unter starker Beteiligung der Arbeitervereine...

Von den „Lungen der Großstadt“ geht wieder ein zwar nicht sehr großer, aber recht hübscher Teil verloren.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft wird nicht müde, an die Stadtverwaltung immer neue Anträge...

„Kleiner Mafel Lebenssage.“ Im „Lokalanzeiger“ finden wir folgendes Heiratsgeheul: „Reel. Kaufmann, 26 Jahre, edlen, gutmütigen Charakters...“

Um das Projekt eines Großschiffahrts-Kanals Stettin-Berlin, und zwar in westlicher Richtung zu fördern, hat jetzt der von den Grundbesitzer-Vereinen...

Kanal wie den Zentralhafen aufgestellt, welche für den eigentlichen Kanal eine Gesamtlänge von 4 800 000 M., für den Kanal im Weichselde der Stadt Berlin 2 865 200 M. und für die Hafenanlage 7 075 000 M., also für das ganze Kanal- und Hafenprojekt 14 740 200 M. Gesamtkosten ergibt.

Der Vorstand des Turnvereins Fichte ersucht uns um Veröffentlichung folgender Mitteilungen: „Es ist zu wiederholten Malen vorgelommen, daß der Name des Turnvereins „Fichte“ von Vereinen gemißbraucht wurde...“

Auf dem Gebiete der Gasglühlichtbeleuchtung ist kürzlich ein hiesiger Techniker mit einer beachtenswerten Erfindung hervorgetreten. Es ist ihm nämlich gelungen, einen Glühstrumpf zu konstruieren...

Nicht neue Fahrkarten-Verkaufsstellen sind jetzt auf dem Lehrter Bahnhof in zwei vor kurzem fertiggestellten Anbauten zu beiden Seiten der Vorhalle errichtet...

Dem Märkischen Provinzial-Museum steht wiederum eine interessante Bereicherung in Aussicht. Bei Erdarbeiten in Soldin fand man zunächst 3 kg Silbermünzen in der Größe der heutigen Zweimarkstücke...

Nadelebe Unterwärtslehrer gibt es, der „Woll. Zig.“ zufolge, in Berlin eine nennenswerte Zahl; einige legen sogar den Weg zur Alma mater auf dem gefälligen Stalhof zurück.

Der erste Wagen der elektrischen Hochbahn befährt jetzt die kurze Strecke der Bahn vom Sedan-Platz bis zur Alexandrinenstraße, wo etwa 150 Meter lang bereits das Geleis verlegt ist.

Zur Frage der Müllabfuhr. Mit den am 1. Oktober in kraft tretenden neuen Bestimmungen über die Ablagerung von Hausmüll in Verbindung steht eine Polizeiverordnung über die Müllabfuhr...

werkespezifischer ist für die Befolgung dieser Vorschrift nicht verantwortlich.

Vom höheren Kaufbolwesen. Ein Lokalblatt schreibt: „Das Opfer eines Pistolen duells, das in der Umgebung von Berlin stattgefunden hat, ist ein Dr. G. geworden. Er wurde mit einer schweren Schusswunde im Unterleib in die hiesige königliche Klinik eingeliefert, wo er gestern verstorben ist. Ueber das Duell selbst und den Gegner des Verstorbenen wird das strengste Stillschweigen beobachtet.“

Wir haben es immer bedauert, wenn Leute, die einen für die Menschheit nützlichen Beruf ausüben, sich aus falschem Ehrgeiz der Duelle preisgeben. Solche Vorfälle sollten anständige Leute endlich den Edelsten und Besten als abschließliches und unantastbares Privilegium überlassen. Um deren Leib ist es nicht schade.

Das gesamte Vorkriegs-Gelände zwischen den Hinterhäusern der Calvinstraße, dem Helgoländer Ufer, der Duhvelante und Spree sowie der Kirchstraße und Straße Alt-Neubau ist von der Magdeburger Bau- und Kreditbank für einen in die Millionen gehenden Preis erworben worden. Die Bank will nach Anlegung neuer Straßen den Grund und Boden als Vorstellen aufweisen. Die Uebergabe erfolgt, sobald die Räumung der noch in mäßigem Betrieb befindlichen Feuerstellen und die Ueberführung des beweglichen Verlasses der Maschinenstätten nach Tegel vollzogen ist, das heißt noch im Laufe dieses Jahres. Inzwischen ist die Bank bereits wegen der Anlegung zweier neuer Straßen, einer ungefähren Verlängerung der Wilsonstraße zwischen Alt-Neubau und Helgoländer Ufer und Ausbau des Helgoländer Ufers zwischen Calvinstraße und Kirchstraße, beim Magistrat vorstellig geworden. Es spielt noch ein dritter Faktor mit, das ist der Fiskus, von welchem der noch übrige Rest des todtten, Duhvelante genannten Spreearmes, sowie ein Theil des eigentlichen Spreebettes zwecks Herstellung der Uferstraße und Gewinnung von Vorstellen erworben werden müssen. Von der Stadt erwirbt die Gesellschaft die Grundstücke Kirchstr. 1 und 2. Der Baugrund ist wechselland, bei der Duhvelante fumpfig, an anderen Stellen, namentlich auch dem sogenannten Karnidelsberg, Erde Alt-Neubau und Kirchstraße, reiner, guter Sandboden. Die Uferbefestigung wird durch eine Mauerwand erfolgen und etwa 60 000 M. erfordern.

Manöver-Postsendungen. Im Reichs-Anzeiger“ erläßt die Oberpostdirektion folgende Bekanntmachung: „Aus Anlaß der bevorstehenden militärischen Herbstübungen wird auf die Wichtigkeit der Anwendung richtiger und deutlicher Aufschriften bei den Manöver-Postsendungen hingewiesen. Zur genaueren Aufschrift gehören: Familienname (möglichst auch Vorname), Dienstgrad und Truppen- theil — Regiment, Bataillon, Compagnie, Eskadron, Batterie, Kolonne u. s. w. — und für gewöhnlich der ständige Garnisonort, eintretendfalls mit dem Postort, oder nachzusenden.“ Die Angabe eines Quartiers empfiehlt sich nur dann, wenn es genau bekannt und wenn vorauszusehen ist, daß die Sendung so zeitig an dem angegebenen Bestimmungsort eintreffen wird, daß sie vor dem Weitermarsch in Empfang genommen werden kann und daß die Abholung von der Post auch mit Sicherheit zu erwarten ist. Da der Stab des Regiments und die einzelnen Bataillone u. s. w. ihre Postkasten in vielen Fällen bei verschiedenen Postanstalten in Empfang nehmen, so ist eine genaue und richtige Aufschrift bei den an Offiziere gerichteten Manöver-Postsendungen ebenso, wie bei den Mannschaftensendungen unentbehrlich. Durch mangelhafte oder ungenaue Aufschrift der Aufschriften wird die Ueberkunft der Sendungen oft sehr erheblich verzögert. Zur Vermeidung von Auslassungen in der Aufschrift und zur Erhöhung der Deutlichkeit empfiehlt sich die Verwendung von Briefumschlägen mit entsprechendem Vordruck.

Der Durchgang durch die Handelskammer-Velle-Alliance ist jetzt für Fußgänger eröffnet worden, soweit es die noch im gange befindlichen baulichen Arbeiten gestatten. Für den Wagenverkehr im allgemeinen ist die Passage überhaupt nicht bestimmt. Die Einfahrten in der Linden- und der Friedrichstraße sollen nur im Verkehr mit den Bewohnern der Handelskammer benutzt werden.

Eine Granate landete gestern Nachmittag spielende Kinder in den Anlagen des Velle-Alliance-Platzes. Da man nicht wußte, ob die Granate gefüllt sei, so wurde das schwere Eisen von dem Partwächter in Begleitung eines Schutzmannes nach dem 33. Polizeirevier in der Wilhelmstraße gebracht. Hier ergab die Untersuchung, daß das Geschöß nicht gefüllt und daher ungefährlich war. Räthselhaft ist nur, wie das Geschöß dorthin gekommen ist.

Zur Behandlung gegen die Tollwuth ist der 15 Jahre alte Hirte Johann Meyniewitz aus Judtschen in Ostpreußen in das vor einigen Tagen eröffnete Institut in den Kochischen Baraden gebracht worden. Er wurde beim Aushäuten auf dem Felde von einem tollen Hunde gebissen. Das kam zur Kenntniß der Behörden und der Landrath von Marggrabowa ließ den Hirten in das Koch'sche Institut bringen, wo er gestern eintraf. Er wird hier nach der Pasteur'schen Methode behandelt.

Ergriffen und bingest gemacht wurde am Dienstag Abend gegen 9 Uhr eine gefährliche Ladendiebin, welche schon geraume Zeit den Säben von Berlin unsicher macht. Dieselbe, ein etwa 20-jähriges Mädchen mit sehr eleganter Toilette und einem überaus sicheren Auftreten, betrat um die genannte Zeit das Goldwaarengeschäft des Herrn Binder, Kommandantenstraße, mit dem Erlaube, man möge ihr einige mit Opalsteinen besetzte Ringe zur Auswahl vorlegen. Der Besitzer, dem die feine Kundin schon bei ihrem Eintreten sehr bekannt vorgekommen war, bejahte sich plötzlich darauf, daß eben diese Person vor einiger Zeit mit demselben Wunsch zu ihm gekommen war, und daß er, nachdem dieselbe sein Geschäft ohne etwas gekauft zu haben, wieder verlassen hatte, den Verlust eines sehr werthvollen Ringes konstatiren mußte. Er ließ sofort einen Schuttmann herbeiholen, der die jugendliche Diebin nach dem in der Alten Jakobstraße belegenen Polizeirevier brachte. Bei einer hier vorgenommenen Leibesvisitation entdeckte man in ihren sehr geräumigen Taschen ein kleines Waarenlager, z. B. Handschuhe, Strümpfe, Seidenbänder, Seife, ja sogar ein Paar Stiefel.

Von einem Branerwagen todtgefahren wurde Dienstag morgen gegen 8 Uhr die Frau Margerethe Verste, geborene Martin aus der Greifenbagenstraße, 74. Die Frau lief an der Ecke der Star-garderstraße und der Schönhauser Allee, vor dem Grundstück Schönhauser Allee 70, in das Gespann eines Wagens der Wilner'schen Weißbierbrauerei in der Schönhauser Allee 80—82, gerade zu hinein, obwohl der Kutscher sie mehrmals anrief. Als der stürzende schließ- lich wahrnahm, daß sie seine Furchen unbeachtet ließ, konnte er die Pferde nicht mehr anhalten. Ein Rad des schweren Wagens ging der Frau über den Kopf und zermalmte ihn zu Brei. Die Ueberlebende war sofort todt.

Ein Wüthend. Ein Mann, der sich Metallschleifer Wilhelm Alensapust nennt, trieb gestern Abend in der Reiffischen Straße umher, rumpelte einen Radfahrer an und brachte ihn unthätig zu Falle. Das Publikum prasselte ihn für seine Rohheit durch. Der Mann schien schließlich das Bewußtsein verloren zu haben und wurde von einem Schuttmann des 8. Reviers mit einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht. Die Bestimmungslösigkeit war aber nur Verstellung. Im Krankenhaus war er sofort wieder munter und so bei Kräften, daß er in seiner Wuth die Marmorplatte einer Wasserbohrung aus der Wand herausriß. Man konnte den Wüthend, dem garnichts fehlte, nur mit Mühe bändigen. Als er sich beruhigt hatte, nahm der Schuttmann ihn wieder mit, um ihn als Obdachlosen der Polizei einzuliefern. Der angegebene Name ist wahrscheinlich falsch.

In dem Unglücksfall beim Neubau der Philharmonie erhalten wir von der Direktion dieses Instituts folgende Mitteilung: „In der rechtsseitigen im Parterre befindlichen inneren Garderobe ist ein Theil des darunter liegenden Stellers noch nicht abgedeckt, und die offene Stelle vorchristlich mit einer festen Barriere umgeben worden, damit niemand in das Loch hineinstürzen kann. Auf diese Schutzwehr haben sich mehrere Arbeiter gesetzt, so daß dieselbe die Last nicht mehr aushalten konnte und unter ihnen zusammenbrach. — Auf diese bedauerlichen, aber von der Bauleitung nicht ver-

schuldeten Unfall reduziert sich das heute verbreitete Gerücht über einen Gerüstesturz. Eine Sperrung des Baues seitens der Polizei, wie vielfach gemeldet wurde, hat selbstverständlich nicht stattgefunden.

Durch einen Sturz vom Gerüste zu Tode gekommen ist gestern Mittag der 46 Jahre alte Maurer Franz Reinde aus der Könnigsgrabenstraße. Reinde wohnte hier seit längerem Jahren schon im Keller des Hauses Nr. 29 und versah auf dem Grundstück die Försterstelle. Gestern war er auf einem Hängegerüst damit beschäftigt, die Hofmauern zu verputzen. Um an eine Ecke Fuß anlegen zu können, lehnte er sich über die Lehne des Gerüsts hinaus und fiel plötzlich rücklings auf den Hof hinab. Schwere Verletzungen, u. a. ein Schädelbruch, führten auf der Stelle zum Tode. Die Leiche des Unglücklichen wurde in seine Wohnung gebracht. Es scheint, daß die Lehne des Gerüsts nicht gehörig angebracht war.

Das älteste und beliebteste Modell der Berliner Künstler, „Mutter Krügermann“, ist dieser Tage im 92. Lebensjahr gestorben. Sie war ein „Original“, wenn auch gerade kein Berliner. Ihre Heimath war ein Dorf an der Elbe unweit von Magdeburg. In ihrer Jugend hat sie bessere Tage gesehen, und als einjährige Wittwe eines Bauernhofbesizers konnte sie eine ansehnliche Wirthschaft ihr eigen nennen. Ihr Mann hatte in den Freiheitskriegen bei Leipzig gekämpft, und die alte Krügermann wußte recht lebendig Familien-Erinnerungen aus der „Franzosenzeit“ zu erzählen. In Folge einer Wirthschaft lam sie um Hans und Hof; sie zog nach Schönebeck an der Elbe, und als ihr Mann 1865 gestorben war, mußte sie ihre zahlreiche Familie allein ernähren. Ihr Charakterkopf mit dem grauen Haar und der feingebogenen Nase ließ sich trefflich zu Studien und Bildern verwenden. So kam sie zuerst zu Schillerinnen von Thumam, dann zu Breitbach und Starbina. Große Stücke hielt Professor Gussow auf das alte Modell, und nicht minder ergötzte sich der verstorbene Professor Michael an ihrer verben Schlagfertigkeit. In dem Parzenbilde von Thumam ist sie die finlere Atropos, die dem Lebensfaden durchschneidet, und auch Meister Anas hat sie verschiedentlich als geeignetes „Vorbild“ benützt. Auch auf den Monumentalwerken von Gesschay begegnen wir den Jagen von Mutter Krügermann.

Zwei geisteskranke Personen werden von ihren Angehörigen vernicht und gefaßt. Der 60 Jahre alte Märkter Michael Demmer, der bei seiner Schwester, der Wittve Schmidt, in der Frankfurter Allee 34 wohnt, hat sich vor 8 Tagen aus der Wohnung entfernt und nichts mehr von sich hören lassen. Er war früher schon dreimal vernichtet, aber jedesmal nach einigen Tagen von der Polizei gefunden worden. Der Töpler Wilhelm Krolow, ein Mann von 40 Jahren, wohnt mit seiner Frau und zwei Kindern in der Greifswalderstr. 218. Er war schon zweimal in Herzberge in der Irrenanstalt. Am Freitag voriger Woche waren die Kinder bei der Großmutter und die Frau auf ihrer Aufwarteftelle. Diese Gelegenheit benutzte Krolow sich zu entfernen. Auch von ihm hat man noch nichts wieder gehört.

Aus Liebesgram verfuhrte gestern ein junges Mädchen, Helene S., im Hause Sängersstr. 53 seinem Leben ein Ende zu machen. Während des Alleinseins schnitt sie sich mit einem scharfen Messer die Pulsader durch. Glücklicherweise wurde die That aber sofort entdeckt und das junge Mädchen nach der Unfallstation in der Kronenstr. 56 gebracht. Nach Anlegung eines Rothverbandes wurde sie dann in ein Krankenhaus übergeführt, wo man sie am Leben zu erhalten hofft.

Auf der Regelfabrik gestorben ist gestern der 43 Jahre alte Militärbalsambinder-Fabrikant Wilhelm Schulz aus der Linienstr. 25. Schulz trank in der Gastwirthschaft von Münder in der Linienstraße 19 eine Weile und brach, als er austreten wollte, auf der Regelfabrik plötzlich zusammen. Ein Arzt kam ihm sofort zu Hilfe, der Mann gab jedoch schon nach wenigen Minuten seinen Geist auf. Mit einer Tragbahre vom städtischen Transportinstitut brachte man die Leiche in die benachbarte Wohnung. Schulz lebte in kinderloser Ehe.

Das Konkursverfahren ist über das Vermögen des Kaufmanns Leopold Auerbach, der sich seit Mai d. J. in Unterhändler-gesellschaft befindet, verhängt worden. Auerbach ist seit 5 Jahren mit der Tochter eines reichen Kommerzienraths vom Rhein verheirathet. Er war Konful von Kolumbien und betrieb im zweiten Stock des Hauses Taubenzstr. 20 unter der Firma Louis Auerbach ein Konfektions-Exportgeschäft. In der Rennstraße bewohnte er eine Etage von 10 bis 12 Zimmern für etwa 4000 M. Was bei dem Konkurs herauskommen wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Die Leidenzeit des „Theater des Westens“ scheint noch immer nicht beendet zu sein. Die Verhältnisse des Grundstücks, zu dem das Theater gehört, gestalten sich jetzt wieder verwickelter denn je. Der Wüthendier Dworak befindet sich noch immer in Unterhändler-gesellschaft und seit Mitte dieses Monats ist das Grundstück in gerichtlicher Verwaltung, wegen 94 000 M. rückständiger Zinsen der ersten Hypothek. Da, wie wir hören, der Gläubiger nunmehr die Substitution beantragt hat, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß alle mit dem „Theater des Westens“ bestehenden Pachtverträge eventuell gelöst werden. Der Vertrag des Direktors Korwiz endet allerdings bereits mit dem 31. August, der des Restaurateurs Franke, mit dem 1. Oktober, alle anderen Verträge aber lauten auf einen späteren Termin und laufen deshalb Gefahr, in Mitleidenhaft gezogen zu werden.

Das Polizeipräsidium heißt mit: Bei einer am 25. d. M. festgenommenen Frauensperson sind 25 bunte Wafentagsentwürfe, 2 Cadenzen, ein Paar Herren- und ein Paar Damenstiefeln, sowie ein Paar weisse Damenhandschuhe und 3 Binde-Schäfte vorgefunden, die offenbar aus Ladendiebstählen herrühren. Verhaftete werden er-sucht, sich im Zimmer 97 des Polizei-Dienstgebäudes, Alexanderstraße 3—6, im Erdgeschoß, Eingang an der Stadtbahn, zu melden.

Theater. Uns wird berichtet: Die Vorortie Berlins sollen ein ständiges Theater erhalten. In den Städten Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Friedenau, Pantow, sollen vorläufig wöchentlich einmal durch ein künstlerisch gehobenes Ensemble die besten Werke der klassischen und modernen Literatur zur Aufführung kommen. An der Spitze des Unternehmens steht Julius Lär. Die polizei-lische Konzession für dieses neue eigenartige Unternehmen befindet sich bereits in den Händen des Leiters.

Feuerbericht. Dienstag früh 9 Uhr entstand Alte Jakobstraße 6 in der Goldschmiedstraße von Fußend ein Brand, der glücklicherweise rechtzeitig bemerkt wurde, bevor er die große Ver-räthe an Rohmaterialien und fertigen Produkten erfaßte. Der verursachte Schaden ist daher minimal. Kurz darauf brannte Ufedomstraße 12 Dachpappe, veranlaßt durch überglöhten Theer. Köpenickerstraße 21 hatte zur selben Zeit Benzin Feuer gefangen, das verschiedene Stücke Stoff einäscherte. Abends 6 Uhr wurde die Wehr nach Oranienstraße 183 ge-rufen, doch lag hier nur unterdrückter Rauch vor. Die gleiche Veranlassung verursachte Mittwoch früh 9 Uhr Alarm nach Biele-strasse 11. Nachmittags 6 Uhr erging Feuer aus dem Schloß-platz 1. Hier war in der im vierten Stock belegenen Federpelz-fabrik von Joel u. Mayer ein Wallon Benzin in Brand geraten, der recht verhängnißvoll hätte werden können, wenn er nicht schnell genug beseitigt, die in den Arbeitsstätten und den angrenzenden Lager-räumen aufgeschickerten Federn erfaßt hätte. Zum Glück traf die Feuerwehre zeitig ein, so daß das Feuer bald gedämpft wurde.

Aus den Nachbarorten.
Verunglückt ist ein junger Berliner Kaufmann auf der Kleinen Wägel bei Rahnsdorf. Es handelt sich um den 21-jährigen Arthur Spandau, der bei seinen Eltern in der Wilhelmshagenstraße wohnte. Er betheiligte sich am Sonnabend mit 200 Kollegen an einer Dampf-

partie nach dem Neuen Krug und trennte sich dort von der Partie, um angeblich Verwandte im nahen Rahnsdorf zu besuchen. Seitdem wurde er nicht wieder gesehen. Am Sonntag entdeckte der Sohn des Rahnsdorfer Gemeindevorsetzers Neger gesehentlich eine Kuh-partei am Ufer der Kleinen Wägel Kleidungsstücke. In den Taschen fanden sich zwei leere Portemonnaies, 20 Pf., diverse Zeugnisse und Legitimationspapiere auf den Namen Schwandt. Vermuthlich hat der junge Mann hier ein Bad nehmen wollen und ist in dem moorigen, verwachsenen Grund ertrunken. Die Leiche des Verunglückten ist noch nicht gefunden worden.

Frevelhafte Spielerei. Das „Zeit. Kreisbl.“ meldet aus Jehlendorf: Im Grunewald, Verlauf Eichkamp, ist von Forst-beamten vor einigen Tagen ein Rehbod gefunden worden, welcher erst kurz vorher erlegt worden war. Derartige, sich wiederholende Vorfälle werden gewöhnlich Wilddieben in die Hände gegeben. Das ist aber ein Irrthum, denn Wilddiebe lassen ihre Beute nicht liegen. Aus Kreisen der Forstbeamten erfahren wir vielmehr, daß derartige Wildfrevel von Leuten aller Stände getrieben werden. Die betroffenen tragen Pistolen und Revolver bei sich und benutzen die armen Thiere als Schießobjekte. Uebrigens wird sämtliches Wild, das auf diese Weise erlegt oder durch Ueberfahren durch die Eisenbahn getödtet wird, der lgl. Wildenanstalt zum Verbrauch übergeben. — Die Scharfschäzerei in der Berliner Umgebung wird immer bedenklicher. Jetzt fangen nun auch schon Privatleute an, das Betreten von Geländen durch Schießerei gefährdend zu machen. Der „Festauschau“ in dem an der Anhalter Bahn belegenen Dorfe Grösch-Schulzen dor f er-läßt eine „Warnung“, in der kund gemacht wird, daß am nächsten Sonntag von mittags 12 Uhr bis abends 9 Uhr in dem Gelände zwischen Trebbiner Chaussee und Salzpfadweg mit Teshings ge-schossen wird.

Verständlich wird die Nachricht verbreitet, daß eine Um-gestaltung des Polizeiwesens in den Berliner Vororten geplant werde. Es hieß, daß die Abthät befände, dort königliche Polizei-Direktionen zu errichten, deren Geschäftsbereich sich je auf mehrere Vorortsgemeinden erstrecken sollte. Die Polizeidirektionen würden dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstellt werden. Das „Zeit. Kreisbl.“ stellt dem gegenüber fest, daß die betr. Gemeinde-verwaltungen hierüber ohne jede Kenntniß sind, daß im übrigen in den Vororten nicht die geringste Reizung besteht, die bisherigen polizeilichen Einrichtungen aufzugeben.

Einer Biersteuer und eines erheblichen Zuschlages zur Brau-steuer für das in ihrem Gebiet gebaute Bier hat sich nun auch die Gemeinde Tempelhof zu erfreuen. Die neue Steuer, welche vom Kreisaußschuß mit Zustimmung des Regierungspräsidenten genehmigt worden ist, wird vom 1. August ab erhoben. Die Bier-steuer für das eingeführte, auswärtig gebaute Bier beträgt 65 Pf. pro Hektoliter und der Zuschlag für das im Gemeindebezirk Tempel-hof hergestellte Bier nicht weniger als 50 Prozent der Brausteuer. Kontraventionen sollen mit einer Geldstrafe von 3 bis 30 Mark ge-ahndet werden.

Die Obduktion des Knaben Fritz Bergemann aus Spandau, dessen Leiche in einem Stoppelfelde nahe Spandau aufgefunden wurde, hat jetzt stattgefunden. Der Körper des seit dem zweiten Pfingstfeiertag vermißten Kindes war jedoch bereits so stark verwest, daß durch die Obduktion Spuren eines etwa an dem Knaben be-gangenen Verbrechens nicht mehr festgestellt werden konnten.

Eine schreckensvolle Fahrt auf der Havel machte am Dienst-tag gegen Abend der 22-jährige Kaufmann G. aus Berlin. Der junge Mann hatte in Potsdam ein Segelboot gemietet, mit dem er nach dem Wannsee fuhr. Beim Kreuzen schlug das Fahr-zeug, von einem hochartigen Windstoß erfaßt, um und G. fiel in die Fluthen. Es gelang ihm zwar, das Boot zu erfassen, er konnte es jedoch nicht wieder aufrichten, vielmehr schlug die Segel-stange in die Tiefe und das Boot trieb kielwärts. Mit Noth vermochte der Verunglückte sich auf das gefenterte Fahrzeug hinauf-zuklimmen, und so trieb er mit dem Wasser entlang. Seine Hilfe-rufe verhallten ungehört, und die wenigen noch in der Gegend befindlichen Boote und Schiffe waren zu weit entfernt, als daß er hätte bemerkt werden können. So verging eine qualvolle Stunde, in der G., auf dem Kiel hockend, sich vergeblich bemühte, den Kahn mit den Rufen dem Ufer zuzufeuern. Endlich bemerkte der Kapitän des Dampfers „Vinea“ von der Stern-Gesellschaft das auf dem Wasser treibende Fahrzeug. Mit einiger Mühe gelang es der Schiffsbefahrung, den fast völlig Erstickten auf den Dampfer hinaufzuführen, wo er, in warme Decken eingehüllt, sich schnell erholtte. Das Boot wurde, nachdem es wieder auf-gerichtet worden war, von der „Vinea“ ins Schleppnetz genommen und nach Wannsee geschafft, wo auch G. abgesetzt wurde.

In große Lebensgefahr brachte sich gestern ein Radfahrer, der gegen 4 Uhr nachmittags die von Westend nach der Havel führende Chaussee passirte. Diese Straße läuft nach Niddelsdorf zu delamäßig sehr steil ab. Infolge dessen ist für Radfahrer eine Warnungstafel aufgestellt, die jedoch von dem obenverwähnten Fahrer nicht beachtet wurde. Derselbe sauste die Chaussee hinunter und vernachte, als er sich der Havel näherte, die Maschine nicht mehr zu halten. Kurz vor dem Wasser ging das Fahrrad durch sandigen Boden und stürzte infolge dessen um. Der Fahrer slog aus dem Sattel und schlug mit dem Kopf auf einen am Ufer liegenden Fels-stein mit solcher Gewalt auf, daß er bewußtlos liegen blieb. Vorbeikommende Ausflügler, zu denen auch ein Arzt gehörte, schafften den Verunglückten nach einem nahegelegenen Restaurant, wo ihm ein Verband angelegt wurde. Die Verlegung erwies sich glücklicher-weise als nicht gefährlich.

Ein angeblicher Kindesdrak durch eine Jägerwilde betraute Dienstag Abend in der Umgebung der Polizeidirektion zu Charlottenburg eine so bedeutende Aufregung, daß die Kirchhof-straße gegen den Abgang des Publikums zeitweilig gesperrt werden mußte. In Tempelhof sahen nachmittags drei junge Mädchen Namens Obach, Maria Zimmermann und Alma Pohl eine Jägerwilde von mehreren erwachsenen Personen in der Nähe des Vahnhofes lagern. In einem Wagen, in dessen Nähe eine Jägerwilde lagte, lag ihrer Angabe nach ein hellbuntes Kind, das furchtbar schrie. Das Kind trug ein hellbraunes Kleid mit schwarzem Besatz. Die Jägerwilde rüßten mit ihrem Wagen bald ab und schlugen die Richtung nach Wilmersdorf ein. Die Mädchen liefen ihnen nach, konnten jedoch nicht gleichen Schritt halten. In Wilmersdorf theilten sie daher ihre Wahrnehmung und die Vermuthung, daß das Kind in Tempelhof geraubt worden sei, einem Radfahrer mit. Dieser nahm die Verfolgung der Bande an, holte sie, nachdem sie über Halensee nach Charlottenburg zu gefahren war, dort in der Kaiser Friedrich-straße ein und veranlaßte ihre Siftirung nach dem siebenten Polizei-revier. Von hier wurde die ganze Bande auf die Angaben des Radlers hin nach der Polizeidirektion übergeführt. Später trafen auch die drei Mädchen ein, denen sich noch einige junge Männer angeschlossen hatten. Der Fahrer der Bande wurde aus einem zu Halberstadt ausgestellten Wandergewerbeschäft als ein gewisser Ederney festgestellt, die übrigen erwachsenen Personen als dessen drei Töchter und deren Männer. Alle drei Ehepaare haben zahlreiche Kinder. Diese wurden nun den Mädchen sämtlich vorgeführt. Die Mädchen erklärten, daß das Kind, daß sie in Tempelhof im Wagen liegen gesehen und sären gehört hätten, nicht darunter sei. Eines der Jägerwilder ist im Vergleich mit den anderen ziemlich blond, und die Mädchen be-haupten jedoch bestimmt, daß auch dieses nicht das von ihnen gefundene sei. Das Jägerwilder war zudem wie alle anderen fast ganz nackt, nur mit einigen Fetzen bekleidet, während das vermeint-lich geraubte Kind ein vollständiges Kleid, wie oben beschrieben, an-gehört hätte. Die Angelegenheit ließ sich gestern Abend nicht voll-ständig aufklären. Die Mädchen haben in Tempelhof die Wagen der Bande nicht gezählt. Sie wollen jedoch beobachtet haben, daß ein Wagen — die Bande hatte deren in Charlottenburg fünf — von Halensee aus nach dem Spandauer See zu gefahren sei. Anfragen in Tempelhof ergaben, daß dort der Behörde von einem Raub oder dem Verschwinden eines Kindes noch nichts gemeldet war. Der ver-muthlich nach Spandau zu gefahrene Wagen war bis gestern Abend noch nicht ermittelt.

Die Arbeiten zur Legung der Vorortgleise der Schlesi-
schen Bahn, die nach dem Fällen der Bäume am Bahndamm ins
Stoßen gerathen waren, scheinen nunmehr endlich wieder aufgenommen
zu werden. Wenigstens hat die Eisenbahndirektion die Ausführung von
160 000 Kubikmetern Dammfüllung und die Herstellung von
20 000 Quadratmetern Böschungsfächen zur Anlage der neuen Güter-
bahnhöfe Köpenick und Friedrichshagen, sowie des Verbindungs-
gleises zwischen diesen Bahnhöfen und der Seitenwege aus-
geschrieben.

Gerihts-Beitung.

Wegen Beleidigung der Aachener Polizei hatte sich dieser
Tage der Redakteur des „Aachener Volksblatt“, Genosse Franz
aus Solingen, vor der Strafkammer in Aachen zu verantworten.
Der Anklage lag folgendes zu Grunde: Bei Beleidigung des Genossen
Hubert Kreiwinkel hatte der Aachener Pöbel niederen und besseren Standes
die unglücklichsten Nothheiten verübt. Man hatte Cassenhauer und
Faschnachtlieder gesungen, Hurrahgebrüll, den Kranzträger
die Kränze mit Gewalt zu entreißen und das Trauergefolge
zu sprengen gesucht. Zur Schirmung der Nothheiten hatte übrigens
der ultramontane Aachener „Volksfreund“, mit dem der Verstorbenen,
der Verleger und Lokalredakteur des „Aachener Volksblatt“ war,
stets in lebhaftem Föderkrieg stand, dadurch nach Kräften bei-
getragen, daß er noch seinen todten Gegner in der niederträchtigen
Weise schmähte. Die geschilderten Vorgänge waren nun im „Aachener
Volksblatt“ zur Sprache gebracht und gegen die Polizeibehörde der
Vorwurf erhoben worden, daß nicht in genügender Weise ein-
geschritten sei, indem habe die Behörde von vornherein nicht
das Nöthige angeordnet, um derartigen Erzeissen vorzubeugen;
ferner sollten mehrere Beamten dadurch beleidigt worden sein,
daß vom Verfasser behauptet wurde, sie hätten ihre Freude an
dem Gebahren des Pöbels gehabt, da sie, anstatt einzuschreiten,
lachend zugehört hätten. Der Angeklagte stellte entschieden in Abrede,
daß er die Absicht gehabt habe, irgend jemand zu beleidigen, er habe
nur das abscheuliche Gebahren des Janhagels geißeln wollen; wer
den Leichnam und die wüsten Szenen gesehen habe, müsse zugeben,
daß der betr. Artikel noch recht milde abgefaßt sei. Bezüglich der Be-
hauptung, daß mehrere Polizeibeamte anstatt einzuschreiten, gelacht hätten,
wolle er den Beweis der Wahrheit erbringen. Durch die umfang-
reiche Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Polizeibehörde,
die nicht ahnen konnte, daß solche großen Ausschreitungen statt-
finden würden, alles aufgeboten hatte, was in ihrer Macht
stand. Als der am Leichenhause errichtene Polizei-Inspektor
Wintzer wahrnahm, in welcher Weise sich trotz der von ihm schon
aufgebotenen zahlreichen Beamten die wüsten Demonstrationen ent-
wickelten, begab er sich zum Hotel „Zum großen Monarchen“, von
wo aus er telephonisch nach verschiedenen Polizeibezirken die An-
weisung gab, sofort noch Beamte zu schicken, so daß schließlich 50 Schutz-
leute bei dem Leichenhause waren. Bezüglich des zweiten Anklagepunktes
erklärte eine ganze Anzahl vernommener Zeugen übereinstimmend,
daß der Polizeikommissar Pf. zu dem wüsten Treiben dadurch
seinen Beifall bekundet habe, daß er bei dem Gejohle
der Menge, bei dem Hurrahrufen eine Anzahl Riech-
stücker, und bei dem Singen von Fastnachtsliedern und
Gassenliedern mit lächelnder Miene und über-
kreuzten Armen herum spaziert sei und, ohne
einzuschreiten, ruhig zugehört habe. Vom Vor-
stehenden herüber zur Rede gestellt, giebt Kommissar Pf. an, davon
wisse er nichts, daß er gelacht habe, dazu sei die Situation viel zu
ernst gewesen. Ferner wurde von mehreren Zeugen bekundet, daß
auch verschiedene Schutzleute dem Treiben lachend und
theilnahmslos zugehört hätten und nicht eingeschritten seien.
Am Friedhof hätten Leute einem der Leidtragenden einen Kranz entreißen
wollen, was von einem Schutzmann gesehen und füllsüßweigend
gelassen worden sei. Nach Beendigung der Zeugenvernehmung be-
antragte die Staatsanwaltschaft eine Geldstrafe von 150 Mark,
eventuell fünfzehn Tage Gefängnis, wogegen der Verteidiger
des Angeklagten Freisprechung beantragte. Derselbe suchte nach-
zuweisen, daß Pf. in Wahrheit berechtigter Interessen
gehandelt und den Artikel in frischer Entrüstung und großer
Aufregung geschrieben habe. Daß die polizeilichen Anordnungen nicht
genügt und einzelne Polizeibeamte ihre Schuldigkeit nicht gethan hätten,
sei zudem eine feststehende Thatsache. Nach eingehender Verathung
verurtheilte der Vorsitzende das Urtheil dahin, daß der Angeklagte frei-
zusprechen sei. In der Begründung hob der Vorsitzende hervor,
daß die Polizeibehörde vollumfänglich ihre Schuldigkeit gethan habe, jedoch sei
dem Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Inter-
essen) zugubilligen, da er das wüste Vorgehen habe an den Pranger
stellen wollen, wie dies auch richtig am Platz gewesen sei. Bezüg-
lich des zweiten Punktes, nämlich, daß einzelne Beamte ihre Pflicht
nicht gethan hätten, sei der angezeigte Wahrheitsbeweis
vollständig gelungen. Sämmtliche durch das Verfahren
entstandenen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Eine nette Klattung vor dem Tode hat da ja der ultramontane
Janhagel offenbart. Und das wagt der Sozialdemokratie Viel-
losigkeit vorzuwerfen!

Ein Frauenprügler. Der Landwirth Thurov, der auf
dem Rittergut Parthenfeld als Inspektor angestellt ist, war
wegen Mißhandlung eines Diensthöten angeklagt. Der Gutswächter
hatte ihm wiederholt gemeldet, daß sich die Mägde der Gut-
wirthschaft bis spät in die Nacht auf der Dorfstraße aufhielten und
dann am frühen Morgen trotz wiederholten Bedens nicht
aufstehen möchten. Der Inspektor meldete dies dem Be-
sitzer des Gutes und dieser gab ihm den Auftrag, im Wieder-
holungsfalle die Mägde aus den Betten heraus
zu prägen. Eines Morgens hat nach 7 Uhr meldete der Auf-
seher dem Inspektor, daß die Mägde zwar um drei Uhr (1) zur
Arbeit erschienen seien, sich aber bald wieder schlafen gelegt hätten
und nun nicht zu bewegen seien, aufzustehen und das Vieh zu füttern.
Der Inspektor begab sich nun mit einem spanischen Rohr nach der
Gesindehube, wo die Mägde mit den Kleidern auf den Betten lagen
und weckte diese durch Schläge auf den Rücken.
Eine der Mägde ließ sich das nicht gefallen, stellte
Strafantrag und gegen den Inspektor wurde Anklage
wegen vorräthiger Körperverletzung erhoben. Das Schöff-
engericht am Amtsgericht II erkannte jedoch auf Freisprechung mit der
Begründung, daß in Fällen, wie dem vorliegenden, der Dienst-
herrschaft ein Vöthigungsdreht zustehe, welches durch ausdrückliche
Uebertagung auf den Vertreter der Dienstherrschaft übergehen könne.
Wegen dieses Urtheil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Die
erneute Beweisaufnahme vor der zweiten Instanz gestaltete sich gestern
nicht anders wie die der ersten Verhandlung. Die erste Magd gab ohne
weiteres das furchtbare Verbrechen an, daß sie sich noch spät abends auf
der Dorfstraße aufgehalten hätten und deshalb früh mude gewesen
seien. Der Staatsanwalt bestritt, daß den Dienstherrschäften ein
Vöthigungsdreht zustehe. Der § 77 der Gesinde-Ordnung vom
8. November 1810 besage nur: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch
ungehörliches Verhalten zum Zorn, und wird in selbigem von ihr mit
Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es
dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern.“
Da sei also von einem Recht zur Vöthigung nicht die Rede, und
dasselbe keinesfalls an andere Angestellte übertragen werden. Er
beantragte daher 20 M. Geldstrafe. Das Urtheil des Schöffengerichtes
lautete: Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann die Dienstherrschaft

selbst, wenn sie vom Gesinde zum Zorn gereizt wird und
während des Zornes sich an dem Gesinde thätlich vergreift, nicht
bestraft werden. Der Angeklagte war aber nicht der Dienstherr,
außerdem handelte er nicht im Zorn, denn er hatte sich vorher die
zu treffenden Maßnahmen mit dem Dienstherrn reichlich überlegt.
Das Vergehen des Angeklagten ist unter den obwaltenden Umständen
sehr milde zu beurtheilen, deshalb ist nur wenig über das geringste
Strafmaß hinausgegangen und auf fünf Mark Geldstrafe
erkannt worden.

Kantonschwindelern von besonderer Gemeingefährlichkeit
war der Buchdruckereibesitzer Franz Hartmann beschuldigt, welcher
gestern der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I aus der
Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Hartmann hatte Ende v. J.
auf dem Hofe eines Grundstücks in der Kronenstrasse eine
kleine Druckerei eingerichtet. Er hatte drei Maschinen zur
Verfügung, die er auf Abzahlung entnommen hatte. Es
fehlte ihm an Betriebsmitteln, Personal und Aufträgen.
Hartmann betrat den gefährlichen Weg, Personal anzunehmen, von
dem er sich Kauttionen geben ließ, die er zu Betriebsmitteln ver-
wandte. Es waren erhebliche Beträge, die er anvertraut erhielt. In
einem Falle 2000 M. Da es nun immer noch an Aufträgen fehlte,
so hatte der Angeklagte die angenommenen Leute seine Be-
schäftigung, er hielt sie deshalb durch allerlei Ausflüchte hin,
bald sollte die Maschine beschädigt sein, bald mußte er
eine notwendige Reise antreten, bald hatte er einen
anderen Beruf, der ihn verhinerte, die Leute zu beschäftigen.
In überzeugender Weise wußte er die von ihm angenommenen Leute,
die sämmtlich aus der Provinz kamen, darauf hinzuweisen, daß der
Schwindel in der Großstadt an der Tagesordnung sei, er könne
niemanden ins Herz sehen und deshalb müsse er auf der Hinter-
legung einer Kauttion bestehen, zumal seine Angestellten größere
Beträge für ihn einzuhängen hätten. Die Geschädigten sind mit
ihre Ersparnisse gekommen. Da der Angeklagte bereits mehr-
fach, zuletzt mit drei Jahren Gefängnis wegen Betruges
vorbestraft ist, so suchte er sich dadurch vor dem Zuchthause zu
retten, daß er behauptete, eine betrügerische Absicht habe ihm von
vorne herein fern gelegen, er habe sich deshalb nur in 4 Fällen der
Unterzeichnung schuldig gemacht. Der Gerichtshof kam auf Grund
der Beweisaufnahme zu einer anderen Anschauung. Der Angeklagte
sei wie in den früheren Fällen auf Betrug ausgegangen und deshalb
dem Zuchthause verfallen. Das Urtheil lautete auf drei Jahre
Zuchthaus, 450 M. Geldstrafe oder noch dreißig Tage Zuchthaus
und fünfjährigen Erwerbsverlust.

Aus Erfurt wird uns vom 26. Juli berichtet: Vor dem
hiesigen Schöffengericht hatte sich heute der Reichstags-Abgeordnete
Genosse Reichhaus wegen Uebertretung des Pressegesetzes zu
verantworten. Der Angeklagte hatte am 15. Juni in seinem
Ladenfenster das Anbringen eines Plakates gestattet, worin für
die Wahl des Genossen Schulz Propaganda gemacht wurde. Es war
dies geschehen, weil der Plakatsäulen-Besitzer, sowie die bürgerliche
Presse jedwede Belamntmachung oder Inserat zu Gunsten der sozial-
demokratischen Kandidatur abgelehnt hatten. In dem Plakat-
aushängen fand die Polizei eine Uebertretung des § 9 des Pres-
segesetzes, und Reichhaus erhielt einen auf 30 Mark lautenden amts-
gerichtlichen Strafbefehl. Hiergegen wurde Einspruch erhoben. Der
Staatsanwalt beantragte Verurteilung der erkannten Strafe, die des-
halb so hoch bemessen sei, weil der Angeklagte sich hartnäckig gezeigt
habe, so daß die Polizei zwangsweise das Plakat aus dem Fenster
entfernen mußte. Reichhaus bestritt ganz entschieden, in böse-
williger Absicht hartnäckig gewesen zu sein, er habe die sofortige
Plakaterntfernung nur deshalb nicht ausgeführt, weil er sich in seinem
Rechte geglaubt, daß für die Zeit der Wahlen der § 9 des Pres-
segesetzes durch § 43 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben sei. Der Ge-
richtshof fand letzteres nicht für zutreffend, hielt aber auch eine Böse-
willigkeit nicht für vorliegend. Es wurde deshalb die Strafe auf
10 M. eventuell 2 Tage Haft reduziert.

Der „Arbeiter“ Mag Faust, ein vielfach vorbestrafter Mensch,
wurde am 2. April d. J. von der 2. Strafkammer des Landgerichts I
wegen Diebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Als man
ihn nach der Zelle zurückgeführt hatte, wurde er von einem Wuth-
ansatz ergriffen. Er nahm den in der Zelle befindlichen eisernen
Spundnapf und schleuderte denselben gegen den Gerichtsdienstler.
Da dieser aber die Thür schnell zumachte, verfehlte das Aufgeschloß sein
Ziel. Nun zertrümmerte Faust die in der Zelle befindlichen Gegen-
stände, eine Blecherne Wasserkanne und zwei Becher. Wegen
dieser Angelegenheit wurden ihm zunächst von der Gefängnis-
direktion zehn Tage strengen Arrestes auferlegt, außerdem
erhielt er aber noch eine Anklage wegen Sachbeschädigung, zu deren
Verhandlung er gestern aus dem Zuchthause zu Brandenburg vor-
geführt wurde. Das Schöffengericht verurtheilte ihn zu einer Zusat-
zstrafe von 5 Tagen Zuchthaus.

Ein jugendlicher Durchbrenner stand gestern in der Person
des 19jährigen Schreibers Richard Schmidt vor der ersten Straf-
kammer des Landgerichts I. Der Angeklagte stand in den Diensten
des Fabrikbesizers Friedrichs. An einem Sonnabend-Vormittag
bemerkte er, daß sein Prinzipal dem Geldschrank eine größere Summe
entnahm und sie in seinem Pult unterbrachte. Das Geld sollte des
Nachmittags zur Lohnzahlung verwendet werden. Während der
Mittagszeit befand der Angeklagte sich allein im Komptoir. Wie
er angab, hat er das Pult seines Prinzipals mit einem
anderen Schlüssel, welcher zufällig passete, geöffnet. Er
fand darin gegen 1400 Mark, eignete sich es an und reiste davon.
Es trieb ihn ruhelos von Stadt zu Stadt. Wie die meisten
Desfrantanten hatte der Angeklagte wenig Genuß von dem durch
erworbenen Gut; als er nach allerlei Kreuz und Querfahrten in
Röln anlangte, fiel er Dieben in die Hände, die ihm 600 M. stahlen.
Er wollte nun wieder nach Berlin zurück, seine Mittel reichten
jedoch nur bis Münster, wo er sich der Polizei stellte. Der
Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einem Jahre sechs
Monaten Gefängnis.

Eine böse Ueberraschung wurde am Morgen des 5. November
v. J. dem Wärdersellen Deher zu theil, der in einer hiesigen größeren
Wärderei beschäftigt war. Er hatte wie gewöhnlich seine Thätigkeit
des Morgens um 8 Uhr begonnen. Einige Stunden später theilte
ihm das Hausmädchen mit, daß in seiner Kammer ein Dieb gehaust
habe, sein Koffer sei erbrochen und der Inhalt liege auf dem Fuß-
boden zerstreut umher. Deher stellte fest, daß der Dieb den Koffer
geöffnet habe und 80 M. bares Geld und verschiedene Werth-
gegenstände daraus entwendet hatte. Der Thäter mußte ein Hand-
dieb gewesen sein. Auf dem Deckel des geöffneten Koffers
lag ein Zettel folgenden Inhalts: „Gehetret Zeigasse!
Die Gelegenheit war zu günstig, das Geld kam ich
gebrauchen, die Reite ist sehr hübsig. Du wirst mich nicht
herauskriegen, so etwas kann mir nicht passieren. Berliner Ein-
brecher.“ Der Verdacht der Thäterchaft lenkte sich auf den in der-
selben Wärderei angestellten Hausdiener Gustav G., welcher stets mit
Geldverlegenheiten zu kämpfen hatte. Da eine Durchsichtung seiner
Person und seiner Habfelleisten aber keinen Erfolg hatte, so lag
sein Grund vor, ihn zu verhaften, sein Meister begnügte sich damit,
ihn zu entlassen. Später gelangte man in den Besitz
eines von G. geschriebenen Briefes, dessen Schriftzüge eine
auffallende Ähnlichkeit mit denjenigen hatten, die der Berliner
Einbrecher“ geschrieben hatte. Nun wurde G. in Haft genommen
und die gerichtliche Schreibfaherfähigkeit, Frau Prof. Dillsoo, trat
in Thätigkeit. Sie gab in ihrem Gutachten ihrer Ueberezeugung
Ausdruck, daß der Angeklagte der Schreiber des Zettels mit dem
höhnenden Inhalt gewesen sei, aber sie müsse einräumen, daß sie bei
der Schwierigkeit der Beurtheilung von ungelerten Handfährten ihr
Gutachten nicht als unfehlbar bezeichnen könne. Da weiteres Be-
lastungsmaterial gegen den Angeklagten nicht vorlag, so zog der Ge-
richtshof es vor, nach dem Antrage des Staatsanwalts ein frei-
sprechendes Urtheil zu fällen.

Von der Lokomotion der Maurer erhalten wir folgende
Zuschrift: In Nr. 109 des „Vorwärts“, Beilage unter „Gerichts-
zeitung“ steht eine Meldung, anfangend: Eine Streikgeschichte. In
diesem Bericht sind dem Berichterstatter verschiedene Sachen unter-

laufen, welche mit den tatsächlichen Verhandlungen durchaus nicht
übereinstimmen. Der verurtheilte Maurer K. Wundere, welcher
ein sehr tüchtiger und solider Kollege und Genosse ist, hat sich nun
verschleudert bei uns beschwert; er meint und hat auch recht, daß
er sehr schlecht dabei weggegangen ist. Wir möchten nun darum
bitten, daß mindestens zwei Richtigstellungen über diesen Punkt
erscheinen. 1. Da ist zuerst folgendes zu bemerken: Nicht allein
Kloß hat Revision eingelegt, sondern ebenfalls Wundere.
Letzterer wurde ja allerdings abgewiesen, trotzdem die Geschäfte
dadurch zu seinen Gunsten hätte ausfallen müssen. 2. Ferner wird
gesagt: — „der von Wundere inszenirte Prügellei“ etc. Konstatieren
müssen wir, daß vom Vorsitzenden festgestellt wurde, daß es zwar
babei gewesen sei, aber durchaus nicht festgestellt werden konnte,
daß derselbe geschlagen hätte, geschweige, daß er die Prügellei
„inszenirt“ habe.

Ein größlicher Vertrauensbruch gegen ihre Wirthsleute
führte gestern die unverheiratete Schwieger vor die 4. Ferien-Straf-
kammer des Landgerichts I. Seit etwa 6 Monaten wohnte die An-
geklagte bei dem Weichenstetter Kalkweiser Ehepaar und stahl
demselben während dieser Zeit so ziemlich alles, was nicht gerade
niet- und nagelfest war, ohne daß sich der Verdacht des
Ehepaars auf die Angeklagte gelenkt hätte. Sie verstand
ihren Wirthsleuten ein solches Vertrauen einzuschleusen und sie
durch ihre liebenswürdiges Benehmen so zu ungarnen, daß diese
schließlich alles thaten, was sie wollte. Lebhaftes Mitleid erregte
das, was die einfachen Leute nach dieser Richtung hin erzählen,
wie z. B. die Angeklagte die Frau K. zu bestimmen gewußt hatte,
eine goldene Uhr in ein bestimmtes Kommodenschloß zu legen, zu
welchem jene einen Schlüssel hatte; stets wußte sie sich die Ge-
legenheit zum Diebstahl bequem zu machen. Baares Geld und
Schmuckgegenstände reizten sie natürlich am meisten. Wurde über die
Diebstähle in der Familie gesprochen, so schimpfte die Angeklagte
auf den Dieb tapfer mit und suchte dabei den Verdacht auf eine
unschuldige Hausgenossin zu lenken. Doch auch ihr schlug die Stunde.
Eines Nachts erwachte die Frau K., als sich jemand an ihrem Kopfs-
kissen, unter welchem sich ihr Portemonnaie befand, zu schämen
machte, und erkannte zu ihrem Staunen die Angeklagte; diese mußte
am Morgen mit zur Polizei und hier stellte es sich heraus, daß sie
bereits wiederholt wegen Diebstahls, zuletzt mit 3 Jahren Gefängnis,
vorbestraft war. Beim Durchsuchen ihrer Sachen wurde eine
Menge der gestohlenen Sachen vorgefunden. Trotz des
Belastungsmaterials leugnete die Angeklagte. Der Staats-
anwalt beantragte 3 Jahre Zuchthaus, da wohl selten das Ver-
trauen einfacher Leute in größerer Weise gemißbraucht worden sei.
Rechtsanwalt Dr. Werthauer wies darauf hin, daß die Angeklagte
durch eine zu hohe Strafe zu hart getroffen würde; sie habe sich in
den letzten Jahren gut geführt, sich insbesondere als Plätterin fleißig
und ordentlich ernährt und nur infolge einer gewissen geistigen
Schwäche ihrem Hange zur Aneignung fremden Eigentums in der
traglichen Zeit nicht widerstehen können. Der Gerichtshof trug dem
Rechnung und erkannte auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus nebst den Neben-
strafen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post-
angabe), unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort
wird nicht ertheilt.

**Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag
und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.**

W. S. 20. Infanterie-Brigade gehört das Pflücker-Regiment
v. Steinmetz Nr. 37 in Strolschin und das 2. Niedersächsische Infanterie-
Regiment Nr. 47 in Posen.

J. S. 24. Sie werden begreifen, daß wir viel zu thun hätten, wenn wir
allen Ähnen und Verwandten preussischer Kreisblätter auf den Grund
gehen wollten. Es ginge noch an, wenn uns weiter nichts nachgefragt würde,
als daß wir gut zu eilen verheben!

100. Die letzte Volkszählung vom 2. Dezember 1895 ergab:
Breslau 373 160, Leipzig 309 903, München 407 307, Hamburg 325 552,
Berlin 1 077 304.

J. S. 6. Unbekannt, größte Vorkehrung geboten.

J. S. 11. Ka den Magistrat. Der Antrag auf Unterstüzung
der Familienangehörigen zu Friedensbedingungen ein-
gezo gener Mannschaften ist bei der Gemeindeförderung des Ortes zu
erheben, an dem der Einberufene zur Zeit vor der Uebung seinen gewöhn-
lichen Aufenthaltsort hatte. Der Antrags erlischt, wenn er nicht spätestens
binnen 4 Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben wird. Die Unter-
stützung beträgt für die Ehefrau 30 pCt., für jedes sonst unterhaltungs-
bedürftige Familienmitglied 10 pCt. (insgesamt aber höchstens 60 pCt.) des
ordentlichen Tagelohnes für erwachsene männliche Arbeiter an Aufenthalts-
ort der Einberufenen. Die Unterstützungen gelten nicht als Armenunter-
stützungen und sind jeder Pfändung entzogen. Ein Beispiel für solchen An-
trag finden Sie im Arbeiter-Rathhaller und im Arbeiterrecht,
ein Formular in der Buchhandlung Sombert. Sie können
den Antrag auch mündlich im Bureau des Magistrats stellen.

C. S. 6. Es ist nicht ersichtlich, ob Sie ein Patent, ein Ge-
schäfts- oder ein Gebrauchsmuster im Auge haben. Patente
werden für neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwerthung ge-
statten, ertheilt. Ausgenommen von der Patentierung sind solche Erfindungen,
deren Verwerthung den Gelezen oder guten Sitten zuwiderlaufen würde,
sowie Erfindungen von Nahrungs-, Genuss- und Arzneimittel, sowie von
Stoffen, welche auf gewöhnlichem Wege hergestellt werden. Wohl ist aber die
Erfindung, welche ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung von chemischen
Stoffen, Gemischten u. s. w. betrifft, patentfähig. Weiterhin ist etwas
anderes als Patentierung. Es giebt zwei Arten Patentschutz: Ge-
schäfts- und Gebrauchsmuster. Das Geschäfts- und Muster-
recht ist das Recht, ausschließlich bestimmte Muster der Moden ganz
oder theilweise nachzubilden. Es wird ertheilt, wenn die Muster
neu und eigentümlich und bestimmt oder geeignet sind, als Wort-
bilder für die Form von Industrie-Erzeugnissen den Geschmack oder das
ästhetische Gefühl zu befriedigen. Als Gebrauchsmuster werden neue
Modelle an Arbeitsgeräthchaften oder Gebrauchsgegenständen oder von
Theilen derselben geschützt, sofern und insoweit sie dem Arbeits- oder
Gebrauchszweck durch eine neue Gestaltung, Anordnung oder Vorrichtung
dienen sollen. Der Markenrecht endlich bezieht sich auf die im Handels-
regulirte seitens des Handelsrichters eingetragener Firmen eingetragenen
Zeichen, welche zur Unterscheidung der Waaren der Schutzberechtigten von
den Waaren anderer Gewerbetreibenden auf den Waaren selbst oder auf
deren Verpackung angebracht werden sollen. Die gesetzlichen Details über
Patent- und Muster- und Markenrecht finden Sie in Nummer 22 der
Wartentagschen Sammlung von Reichsgesetzen.

Witterungsübersicht vom 27. Juli 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	
Eisenmende	765	WSW	2	bedeckt	13	Darparanda	756	W	2	15. bed.	13	
Hamburg	765	WSW	2	bedeckt	12	Petersburg	—	—	—	—	—	—
Berlin	768	WSW	2	bedeckt	13	Soel	768	WSW	2	2wollig	17	
Wiesbaden	764	NO	1	wolkig	18	Aberdeen	765	W	1	bedeckt	12	
München	765	O	1	wolkig	18	Paris	762	NO	1	15. bed.	18	
Wien	765	SW	1	wolkig	14							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. Juli 1898.
Zunächst etwas wärmer, zeitweise heiter, vorgeschoben wolfig mit
leichtem Regenschauern und schwachen nordwestlichen Winden; nachher etwas
kühler. Berliner Wetterbureau.

**Centralverband d. Zimmerer
Deutschlands.**
(Zahlstelle Rixdorf.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
der Kamerad 261/2
Gustav Schremmer
am Montag verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute,
Donnerstag, d. 28. Juli, nachm. 5 Uhr,
von d. Leichenhalle d. neuen Friedrichs-
Kirchhofes, am Rat. — Treffpunkt
bei Pötel. Um rege Theilnahme
erucht.
Der Vorstand.

Dauftragung.
Allen Freunden u. Bekannten, so-
wie Wertheimern und Kollegen der
Firmen: Allgem. Elektr. Werke und
Hieschel u. Demmerberg sagen wir für
die vielen Beweise liebevoller Theil-
nahme u. zahlreichen Kränzen
infolge Dahinscheidens unseres lieben
Bruders, Schwagers und Neffen, des
Schlossers **Otto Müller**, unsern
innigsten Dank.
1316
M. Hing und Frau.
G. Kregendring und Frau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 27. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Der Waffenschmied. Orientalisches Langbild. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Schöne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Unterpräfekt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Adlon. La Traviata. (Violetta.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle Alliance. Er muß auf Land. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Keinen Bagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater
Schauspiel. 25/26.
Donnerstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr:
Gesamt-Hauptspiel der Schauspielergesellschaft.

Die Silbuntener.
(Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)
Samstag, 7. Male.

Zwei Tage Millionär.
Großes Lustspiel mit Gesang und Ballet in 11 Bildern von Robert Breitenbach. Musik komponiert und arrangiert von Viktor Holländer.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorstellungsbillets und freier Eintritt ungtig.
Vorabend: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Kinder zahlen Sonntags Nachmittags halbe Preise.

Ostend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterer. 132.
Letzte Woche!
Auf Sumatra.
Anfang 8 Uhr.
Vorstellungsbillets haben Gültigkeit.
Avis! Um diesen Wünschen nachzukommen, wird im Monat August ein großes beliebtes Volkschauspiel zur Aufführung gelangt. Montag: Hero und Venner. Dienstag und Mittwoch: Keen, od. Lebenslust und Genie.
Die bereits ausgegebenen Vorstellungsbillets behalten f. d. Vorstellungen Gültigkeit.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Gebr. Forst. Müller-Römer. Gelsow. Vano. Klown Tutti. Gelsow. Petram u. The Garroton.
Anfang 8 1/2 Uhr. Passetourts haben Gültigkeit.
Sonntags: Sommerachtsfest.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan
in der Hölle
und letzte Woche der erfolgreichen
Juli-Spezialitäten.
Vor der Vorstellung:
Gr. Gartenkonzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Reichshallen
Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Täglich um 9 1/2 Uhr:
Berlin
auf
Stelzen!
Bursche von Agoston-Wilhelm.
Fertig mit gediegene
Spezialitäten-Programm
unter anderem:
„Das sprechende Pferd!“
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorher von 7 Uhr ab:
Garten-Konzert.
Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im großen Theatersaal.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Lezte Saison
vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
La Puce (Der Floh).
Anfang: Sonntag 7, Wochen 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das goldene Kalb.
Charakterbild in 1 Akt v. C. Dabow.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Lindner.
Musik von Richard Taubert.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Passage-Panopticum.
Théâtre-Variété.
Sensationell:
Tätowirte
Sga.
Radolfi
als Athletin.

Castan's
Panopticum.
Major Graf
Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Prater-Theater,
Sachsen-Allee 7/9.
„Friede auf Erden.“
Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schulz. Musik v. A. Kerker. Aufst. d. Kollonad. Elsa de Plaque, d. Grotteau-Ducl. Gebr. Milano, der 3 Warten Goinahiler, des musk. Klown's Mr. Barna mit f. drei Watten, der Orani Troupe, musk. Gyent. Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. — Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Pahlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
O diese Radler!
Poffen-Burleske von Oskar Victor-Roeder.
Aufst. d. gesammten neu engagierten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Im Saal: **Gr. Fest-Ball.**
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Konz. 5 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lohmann.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Weißel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Höf, Schneider und Schrader).

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Weißel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Höf, Schneider und Schrader).

Aktion:
Brauerei Friedrichshain
früher Vpd. Am Königsthor.
Heute, sowie jeden
Donnerstag:
Garde-Schützen-
(in Uniform)
Frei-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Morgen Freitag:
V. Garde-Regiment z. F.
Frei-Konzert.

Ostbahn-Park.
Am Rühlener Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: **Wochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.**
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Keine neuerbauten Plätze. Jeden Vereins zur Verfügung.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das goldene Kalb.
Charakterbild in 1 Akt v. C. Dabow.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Lindner.
Musik von Richard Taubert.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Achtung, Kupferschmiede!
Sonntags, den 30. Juli, abends 9 Uhr, in Feind's Salon, Weicker 11:
Große öffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Schlussrechnung vom Streif. 2. Halbjahrs-Abrechnung vom Dispositionsfonds und Wahl von 3 Revisoren. 3. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten. 4. Die vorzunehmende Lohnstatistik für die Provinz Brandenburg. 5. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Achtung! **Achtung!**
Montag, den 1. August 1898, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend bei Herrn Brüder (Süd-Oh), Waldemarstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen G. Wagner über: „Was nützt uns unsere Organisation?“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission und Wahl von 3 Revisoren. 4. Gewerkschaftliches. 5. Verschiedenes.
Die Kollegen von Schöneberg, Wilmersdorf sowie von der Firma Max Cassirer sind hiermit besonders eingeladen.
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Einberufer.

Achtung! Studienteure. Achtung!
Montag, den 1. August cr., abends 8 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Studienteure Berlins u. Umgeg. bei Buske, Grenadierstr. Nr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Koblenzer. 2. Abrechnung der Liquidationskommission. 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung eines Streif-fonds? 4. Verschiedenes. 173/12
In an der Tracht der wichtigsten Tagesordnung ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Zentral-Krankenkasse der Maurer zc.
„Grundstein zur Eingetrag.“ Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 31. Juli 1898, vormittags 10 Uhr, in Stabernad's Salon, Inselstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht vom 2. Quartal 1898. 2. Bericht-erstattung der Delegierten von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch keinen Eintritt.
Die Verwaltung: J. H. W. Garbe.

AUSSTELLUNG AM KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's
INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

„Altes Schützenhaus“,
Einienstr. Nr. 5. 1286
Sonntag, den 7. August 1898:
Zur Eröffnung der neuen Festsäle:
Großer Ball.

Schweizer Garten.
Am Königs-Thor, Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain, Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saal: **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeehalle von 3-8 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Früheren Vereinen empfehlen wir unser Stadtkloster (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonntags).
Karl Mittag, Organon.

Brauerei-Ausschank
der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensaal: **Grosser Ball.**
Die Kaffeehalle ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich besond. Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bitte hochachtungsvoll
Karl Mittag, Organon.

Max Kliem's Sommer-Theater,
Gartenstraße 14/15. — Artisticcher Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
The Onra's. — Miss Alice, Jongleuse auf rollender Kugel. — **Pepi und Pepino.** — **The Picardi's.** — Carl Gursch, Langfänger. — **Mimi Estera.** Kollim. — **Soubrette.** — **Paul Frey, Gummorik.** — **Franziska Wünsch,** Operettensängerin. — **Prof. Cuno's Ragen-Jirrus.** — **Neu! Junge oder Mädchen,** Gesangsduo in 1 Akt von Schum. — **Neu! Du ahnst es nicht,** Schwank in 1 Akt von Reichardt.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Kliem.

Die Pracht-Prunk-Fest-Räume der
Flora-Säle Bes.: Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17
circa 150-1000 Pers. Festlich, hochel. Theaterbühne.
Berechtigter Sonnabende u. Sonntags Salsen 98/99
täglich gratis zu vergeben.
Elektr. Beleuchtung. Saal neu eingerichtet.
Neue Ventilations-Anlage.
Gas-Defen-Heizung zc. zc.
Werkstatt-Bekleidung für jedes Gewerke
kauft man gut und billig bei 5617L.
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blumenfabrik für alle Gewerke.

Unserm Freunde u. Genossen Leo zum heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. 1356
Beim Dichten u. beim Prophezeien
Freund Leo, hast Du wenig Schw...
Mit gleichem Fleiß, doch größerem
[Bild]
Brecht' hast den „Stiefeln“ das Genie.
Deine Freunde.
D. W. D. G. S. Fr.
J. E. W. St.

Achtung! Kirschner!
Sonntag, den 31. d. M., findet die vom Vorstand der Kirschner veranfaltete **Landpartie** statt. Der Bestimmungsort ist **Pöhlitzwerder, Inselgarten, Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr Alexanderplatz-Bahnhof**, für Radfahrer: **Pöhlitzwerder im Inselgarten, Treffpunkt 8 Uhr**. Kollegen u. Freunde, die an der Partie teilnehmen wollen, sind hiermit freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.
Zur Fundation eines sozialdemokr. **Lehrerunternehmens** wird früher oder später jeder Lehrer (im letzten Fall am liebsten Kaufmann oder Redakteur) mit 10000 bis 100000 Einlage gesucht. Ort ist Fabriksort mit ca. 50000 Einwohnern und überwiegend sozialistisch. Druckerlei ist vorhanden. Off. u. F. A. 98 an **G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M.**
Kassierhähne, Vorkläger, große Auswähl, Woche, Poststr. 84b.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-11, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20, I.

Möbeltischlerei und Lager complet, Einrichtungen in jeder Preislage zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Julius Apelt, Tischlerstr. Skaltzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).**

Wedding-Park
Müllerstrasse 178.
In dem 3000 Personen fassenden Garten mit schönen Laubden
Jeden Donnerstag:
Kinder- u. Familien-Fest.
Entree 10 Pf., wofür jedes Kind ein Geschenk erhält.
Die Kaffeehalle ist täglich geöffnet.
7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen.
Franz, Willard.
Bekleidungen aller Art.
Wilhelm Trapp.

Wegen Räumung!
Sophastoff-Reste
ausreichend zu Bezügen, in **Bohrripp, Damast, Phantastik, Moquet und Plüsch**, sowie **Satteltischen, nur gute Qualitäten, spottbillig.**
J. Adler Teppichhaus
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.

Kaufschneiden! ? 5% Rabatt!
Barum verdient die Privat-Röhne **Kind** von **F. Steffens**, **Nicolaibadstr. 61**, die besondere Aufmerksamkeit aller Röhneidenden?
Kaufschneiden! ! 5% Rabatt!
Weil sie auch weniger Bemittelten **Kind** Röhne auf **Theilzahlung** pro Woche 1 R. kassierlos einlegt.
Spezialität: **Behandlung** angestrichener Personen. **50652***

Technikum
Frankenhäuser am Kyffhäuser
Baugewerk-
Tiefbau-
Eisenbahnbau-
Polier-
Schule
Dir. Prof. Krup.
Neue einfache Lehrmethode
Staatl. gel. Abgangsprüfung
W. Sem. Anf. 3. Nov. Vorst. 13. Okt.
Programme kostenlos.

Fahrräder!
nur erstklassig, verkauft zu äußerst niedrigen Preisen
Fr. Stange, Oppelnerstr. 71.

Möbel auf **Theilzahlung**
J. Kellermann,
Neue Jakobsstr. 26.
Schwiegermutterlöf, grobhartig
7, Str. Bl. inf. 1, 25. **A. Geisler,**
Bismarckstr. 4. **56572***
Betten, Steppdecken, Gardinen, Tisch-
decken, Decken, Vorhänge, Sommer-
paletots, Anzüge, Hosen, Regentmäntel,
Remonteur-Uhren, Reisekoffer, Opern-
gläser sport. Handtasche, Reiserucksack.
Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die **Leberhose Herkules** tragen.
Allein-Verkauf für Berlin. Diese Hose ist in schönen praktischen dunkelgrauen und braunen Streifen schifffarbig gebrudt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste Kappnähte, haltbare Näthematerialien, breite, tiefe Leberhosen-Taschen, ein hohes bequemes Gefäß, richtig weit gearbeitete Schenkeltheile vertehen der Hose die höchsten Ansprüche. Der Doelbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Keilchen der angenehmen Bundtheile ist daher ausgeschlossen. Die Knöpfe sind sehr angenehm, nicht angekratzt, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von
Bei Einnahme von **4 Mk. 50**
6 Stück **26 Mk.**
Verandt nach auswärtig von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundweite und der inneren Schrittlänge.

Baer Sohn
Chausseestr. 24a. Brückenstr. II.
Gr. Frankfurterstr. 16.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-11, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20, I.

Wasserthorstr. 10/11
vergeben. **Dr. Gustav Heymann,** 28/14*
prakt. Arzt.
Billig! Anwesenige! Billig!
Balkonhänge, Mädchenkleider preisw.
O. Hofmann, Bismarckstr. 14.
Schaufgeschäft sucht zu pachten od. miet. auch anher. **Gerichtstr. 51, v. II I.**
Substanz von **Frölich** vermietet.
Kramerstr. 5, Charlotten. Müllerstr. 8.
Mühlentstraße 8, a. b. Ober-
baumbrücke, 5 Min. von Station
Waldenstraße, sind v. 1. Oct-
ober sedl. Hofwohnungen
v. 1 u. 2 Stuben nebst allem Zu-
behör v. 72-94 Thaler zu ver-
mieten. **54632***
Käheres daselbst beim **Verwalter.**
Ein zweifelh. möbl. Zimmer für
2 Herren z. l. g. vermietet. **d. Heide,**
Staligerstr. 140, v. 4 Tr. 1296
Schlafst., sep. 2 G., verm. Koh-
Adalbertstr. 90. 1348
Pol. Schlff., 102R. Ritterstr. 72, 5. r. III.
Möbl. Zimmer, sep. 10 R. inf.
Kolbe, Brangelstr. 86, 6. Pt. 1308
Anst. Schlafst. Waldemarstr. 48,
v. Panofsky. 1306

Arbeitsmarkt.
Agenten.
In Arbeiter-Handwerker- und Kleinbürger-Kreisen bekannte Herren und Damen werden als Vertreter von unterz. Kasse gesucht. **28/15***
Allgemeine Volks-Krankenkasse
G. S. 126.
1. Bureau u. Hauptkassa: **Müllerstr. 174.**
2. " **Staligerstr. 98.**
3. " **Röntgenstr. 116.**
4. " **Pöhlitzstr. 4.**
Mehrere tüchtige **Holzschläger,** speziell auf Kollerfasser eingerichtet, werden bei hohem Lohn gesucht. Offerten unter **W. 4** befördert die Exped. d. Bl. **56552***
Farbiger u. Barod.
vergoldeter verlangt **137b**
Staligerstr. 18.
Schirmnäherinnen werden bei hohen Arbeitslöhnen und dauernder Beschäftigung gesucht. **132b**
Sichtenstein, Staligerstr. 19.
Blätterinnen auf geschweifte Um-
legefragen und Maschettchen in und
außer dem Hause verlangt **M. Trepp,**
Schönhäuser Allee 17a, Fabrikgeb. 4 Tr.

Zwei geschickte Kunstfischer für
klein. Kunstfische in Silber u. Messing
erhält. dauernde Arbeit in **Stodholm.**
Adresse: **Königsplatz, Bismarck-**
Konfakateria, Stodholm, Schweden.
Eine **Drahtstoria** auf
Kontobücher wird verlangt.
Riefenstahl, Zumpke & Co.,
56542* Holzmarktstr. 67.
Lebensversicherung.
Geeignete Personen zur **Beant-**
staltung von **kleinen** und **großen**
Lebensversicherungen für eine
durchaus **solide** und **konfurrenz-**
fähige **Behergungsbau** haben
jederzeit **Anstellung** gegen **hohe**
Provision und **event. Wogen** oder
Monats-Rizum. Nur **respektable**
Gewerber wollen sich **melden** unter
„G. 290“ an **Max Gerstmann's**
Annon.-Bür., Berlin W. 9.